GEMEINDEVERSAMMLUNG VOM 18.03.2026 - GENEHMIGUNG GV-ERLÄUTERUNGEN FINANZPLAN UND BUDGET

EINLEITUNG

Die Vorlage «Budget 2026 und Finanzplan 2026-2030» wurde an der Gemeindeversammlung vom 26. November 2025 beraten und bereinigt. Ein Rückweisungsantrag wurde deutlich abgelehnt. Der vom Gemeinderat vorgeschlagene Steuerfuss von 94% für natürliche Personen wurde bestätigt. Zudem wurde der Steuerfuss für juristische Personen – auf Antrag an der Gemeindeversammlung – ebenfalls auf 94% festgelegt. Aufgrund eines Antrags auf Urnenabstimmung, der das notwendige Quorum von einem Viertel der anwesenden Stimmberechtigten erreichte, wurde das Budget unter Kenntnisnahme des Finanzplans der Stimmbevölkerung am 18. Januar 2026 vorgelegt.

Am 18. Januar 2026 wurde die Vorlage mit 1'065 zu 843 Stimmen an der Urne abgelehnt.

Am 20. Januar 2026 wurden die Parteien, Kommissionen sowie die Gruppe Dornach2021 und die Interessengemeinschaft IG attraktives Dornach dazu eingeladen, Vorschläge für die Budgetüberarbeitung einzureichen. Von dieser Einladung machten der Grossteil der Parteien sowie einzelne Kommissionen Gebrauch. Auch die Gruppe Dornach2021 und die Interessengemeinschaft attraktives Dornach reichten je ein Schreiben ein. Zudem reichten Einzelpersonen Vorschläge ein.

Am 4. Februar 2026 hat sich die Finanzkommission mit der neu zu erarbeitenden Budgetvorlage beschäftigt. Sie kam einstimmig zu Schluss, dass das Ziel der neuen Budgetvorlage eine schwarze Null mit einem Überschuss von mindestens CHF 50'000.00 sein soll und eine Anhebung des Steuerfusses auf 94% unumgänglich ist.

Seit dem 19. Januar 2026 haben sich der Gemeinderat und die Verwaltung erneut intensiv mit dem Budget 2026 beschäftigt (vgl. Ausführungen unter dem Abschnitt der Berichterstattung «Veränderungen gegenüber dem ursprünglich vorgelegten Budget»). Bei der Überarbeitung wurden sowohl die seit der November-Gemeindeversammlung bekannt gewordenen Mehraufwände berücksichtigt, als auch sämtliche nicht gebundenen Budgetpositionen punkto Einsparpotential überprüft. Überprüft, aber nicht zur potenziellen Streichung oder Reduktion aufgezeigt wurden jene Budgetpositionen, bei welchen im Jahr 2026 infolge von Verträgen o.ä. keine Einsparungen realisiert werden können. Dasselbe gilt betreffend jene Budgetpositionen, deren Herabsetzung vorab von der Gemeindeversammlung zu genehmigende Reglementsanpassungen notwendig machen würden. Der Gemeinderat hat nicht nur die Erfolgsrechnung, sondern auch die Investitionsrechnung für das Jahr 2026 überprüft und dabei gegenüber der ursprünglichen Version verschiedene Investitionen verschoben oder gestrichen.

Eine öffentliche Budgetklausur des Gemeinderats fand am 6. Februar 2026 statt. Dabei konnte das Budget um über CHF 500'000.00 verbessert werden (vgl. Berichterstattung «Veränderungen gegenüber dem ursprünglich vorgelegten Budget» weiter unten), was dazu führt, dass ein minimaler Gewinn budgetiert werden kann. Dies basierend auf einem Steuerfuss – für natürliche und juristische Personen – von 94% der einfachen Staatssteuer.

Am 11. Februar 2026 setzte sich die Finanzkommission mit den Ergebnissen der Budgetklausur des Gemeinderates auseinander und empfahl dem Gemeinderat einstimmig, das Budget 2026 so, wie es an der Budgetklausur bereinigt worden war, zuhanden der Gemeindeversammlung zu verabschieden.

Anlässlich der ausserordentlichen Gemeinderatssitzung vom 13. Februar 2026 befasste sich der Gemeinderat nochmals mit dem Budget 2026. **Schlussendlich fällt das Budget 2026 um CHF 515'500.00 besser aus als das im November 2025 vorgelegte und an der Urne abgelehnte** (vgl. Berichterstattung weiter unten). **Das Budget 2026 weist einen Ertragsüberschuss von CHF 170'900.00 aus.** Ohne die beantragte Steuererhöhung auf 94% müsste ein Defizit budgetiert werden oder aber es müssten in einem Umfang Leistungen abgebaut werden, dessen Folge der Gemeinderat als nicht verantwortbar erachtet.

Im Rahmen der ausserordentlichen Gemeinderatssitzung beschloss der Gemeinderat alsdann mit fünf zu zwei Stimmen, der Gemeindeversammlung vom 18. März 2026 das beiliegende Budget 2026 (Erfolgs- und Investitionsrechnung) vorzulegen. Dem Budget 2026 liegen folgende Parameter zugrunde:

1. Der Steuersatz für die natürlichen und juristischen Personen beträgt 94% der einfachen Staatssteuer.
2. Die Feuerwehrersatzabgabe beträgt 9.6% der einfachen Staatssteuer.
3. Die interne Verzinsung beträgt 0.25%.
4. Für das Verwaltungspersonal wird im Budget 2026 keine Teuerungszulage beantragt.

Im Sinne der Transparenz hat der Gemeinderat weiter fünf sogenannte «Pakete Leistungsabbau» aufgezeigt und beraten. Betreffend die Pakete Leistungsabbau Bildung, Leistungsabbau Veranstaltungen, Leistungsabbau Freizeit und Leistungsabbau Jugendarbeit hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen, an den darin beschriebenen, im Budget 2026 vorgesehenen Leistungen festzuhalten. Betreffend die im Paket Leistungsabbau Sicherheit, Reinigung, Umwelt, Energie beschriebenen, im Budget 2026 vorgesehenen Leistungen, entschied der Gemeinderat mit sechs zu einer Stimme an diesen festzuhalten.

Die Pakete zeigen auf, in welchen Bereichen theoretisch weitere Möglichkeiten bestünden, mit einem Leistungsabbau Geld einzusparen. Damit möchte der Gemeinderat im Sinne der Transparenz die relevantesten Beispiele aufzeigen, mit denen die Gemeinde Leistungen erbringt, die über das gesetzlich vorgeschriebene Minimum hinausgehen. **Der Gemeinderat erachtet jedoch bei jedem dieser Pakete den potenziellen Schaden für die Gemeinde Dornach im Fall einer Umsetzung des Leistungsabbaus als deutlich grösser als den Nutzen durch eine Einsparung der entsprechenden finanziellen Mittel.**

BERICHTERSTATTUNG

Das Budget gibt einen Überblick über die geplanten Aufwände und Erträge der Erfolgsrechnung und über die Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung während eines Jahres und es bildet die Ausgabenbewilligung für den Gemeinderat.

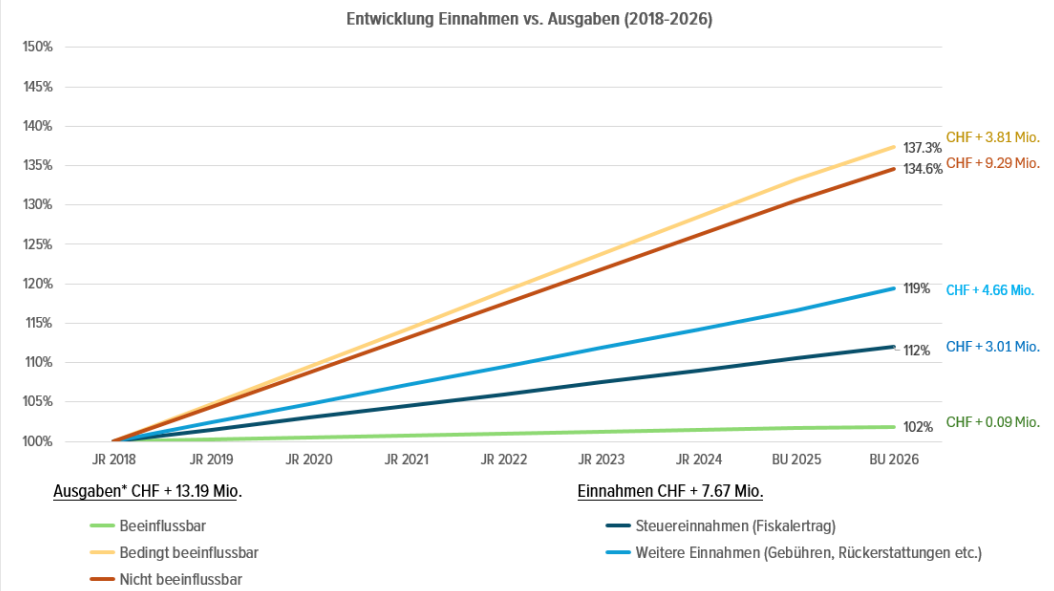
Die Erfolgsrechnung enthält den jährlich wiederkehrenden Aufwand und Ertrag. Der Aufwand setzt sich zusammen aus Personal-, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen, Finanzaufwand, Einlagen Spezialfinanzierungen, Transferaufwand, ausserordentlicher Aufwand und den internen Verrechnungen. Im Ertrag sind Fiskalertrag, Entgelte, Finanzertrag (u.a. Zinsertrag) etc. enthalten.

Über die Investitionsrechnung werden Investitionen in das Verwaltungsvermögen erfasst. Es umfasst diejenigen Sachwerte, die der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen. Es kann nicht veräussert werden, ohne die Erfüllung öffentlicher Aufgaben zu beeinträchtigen. Nebst den eigentlichen Sachanlagen zählen auch immaterielle Anlagengüter, Darlehen, Beteiligungen und Investitionsbeiträge zum Verwaltungsvermögen. Die Investitionsrechnung weist nur diejenigen Ausgaben aus, welche im Hinblick auf einen mehrjährigen zukünftigen öffentlichen Nutzen im Sinne einer Investition (Vermögenswert mit Investitionscharakter) getätigt werden.

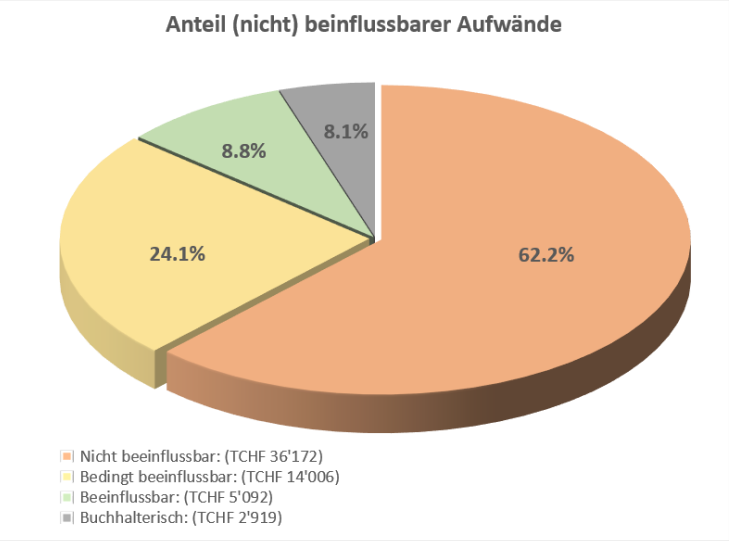
Handlungsspielraum

Der Handlungsspielraum einer Gemeinde, um den betrieblichen Aufwand beeinflussen zu können, ist begrenzt. Jährlich fallen Ausgaben in Millionenhöhe an, welche nicht oder nur bedingt beeinflussbar sind. Diese Ausgaben nahmen in den letzten Jahren um CHF +13.1 Mio. zu. Die Ausgaben hingegen, welche beeinflussbar sind (insbesondere der Sachaufwand), nahmen nur um rund CHF +0.09 Mio. zu. Wichtig ist es deshalb, dass sich die Einnahmen gleichermassen weiterentwickeln. Dies war in Dornach nicht der Fall. Die Steuereinnahmen erhöhten sich zwar um rund CHF +3.01 Mio. und auch die weiteren Einnahmen (Gebühren, Rückerstattungen, etc.) nahmen um rund CHF +4.66 Mio. zu, doch vermag diese Einnahmenzunahme von CHF +7.67 Mio. die – nicht oder nur bedingt beeinflussbare – Ausgabenzunahme von CHF 13.1 Mio. nicht aufzufangen.

Die nachfolgende Grafik zeigt, wie sich die Einnahmen und Ausgaben in den Jahren 2018 bis 2025 entwickelt haben. Für die Vergleichbarkeit wurde für die folgende Grafik auch bei den Zahlen 2026 mit einem Steuerfuss von 88% gerechnet.



Der Anteil der nicht beeinflussbaren Ausgaben liegt somit bei über 60%. Diese sind insbesondere durch gesetzliche Vorschriften oder kantonale Bestimmungen gebunden.



Nicht beeinflussbar sind namentlich:

- CHF 29 Mio. an Transferaufwand, davon
  - CHF 8.3 Mio. Direktzahlungen Sozialhilfeleistungen (Sozialregion)
  - CHF 3.5 Mio. Abgabe Finanz- und Lastenausgleich
  - CHF 3.5 Mio. Asylleistungen (Sozialregion)
  - CHF 3.0 Mio. Lastenausgleich Sozialhilfe (Sozialregion)
  - CHF 2.8 Mio. Ergänzungsleistungen
  - CHF 1.7 Mio. Beiträge für Alters-, Kranken- und Pflegeheime/ stationäre Pflege
  - CHF 1.6 Mio. Lastenausgleich Sozialadministration (Sozialregion)
  - CHF 1.3 Mio. Beitrag Sek P + Brückenangebot
- CHF 4.6 Mio. Lehrpersonen Schule
- CHF 1.3 Mio. Abschreibungen Verwaltungsvermögen
- TCHF 900 Arbeitgeberbeiträge Lehrpersonen
- TCHF 226 Sach- und Betriebsaufwand bzw. Wertberichtigungen auf Forderungen

Bedingt beeinflussbar sind namentlich:

- CHF 7.3 Mio. Verwaltungs- und Betriebspersonal (davon betreffen CHF 2.4 Mio. die Sozialregion)
- CHF 1.8 Mio. Transferaufwand, davon
  - TCHF 423 Zweckverband Wasserversorgung (Spezialfinanzierung)
  - TCHF 410 Ambulante Krankenpflege (Restkosten Spitex Birs)
  - TCHF 355 ARA Birs (Spezialfinanzierung)
  - TCHF 257 Jugendarbeit
  - TCHF 123 Zivilschutz
  - TCHF 95 KiTa-Subventionen
- CHF 1.7 Mio. Arbeitgeberbeiträge Verwaltungs- und Betriebspersonal (davon betreffen TCHF 457 die Sozialregion)
- CHF 1.1 Mio. Musikschullehrpersonen
- CHF 1.1 Mio. Sach- und Betriebsaufwand, davon
  - TCHF 692 Energie, Strom, Gas, Wasser, Abwasser
  - TCHF 212 Miete und Pacht Liegenschaften
  - TCHF 175 Sachversicherungsprämien
- TCHF 427 Behörden und Kommissionen
- TCHF 403 Lehrpersonen Schule

Beeinflussbar sind namentlich:

- CHF 4.4 Mio. Sach- und Betriebsaufwand
- TCHF 296 Transferaufwand
- TCHF 237 Übriger Personalaufwand
- TCHF 155 Liegenschaftsaufwand Finanzvermögen

Buchhalterische Aufwände sind namentlich:

- CHF 2.3 Mio. Interne Verrechnungen
- TCHF 601 Einlagen in Fonds des Fremdkapitals und Spezialfinanzierungen

Erfolgsrechnung

ERFOLGSAUSWEIS 2026	Budget 2026 März 2026	Budget 2026 November 2025	Budget 2025	Rechnung 2024
	94%	94%	88%	88%
Total Betrieblicher Aufwand	57'952'000.00	58’467’200.00	55’909’900.00	55’174’376.63
Total Betrieblicher Ertrag	57'585’400.00	57’593’400.00	53’877’600.00	51’722’707.22
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	**-366’600.00**	**-873’800.00**	**-2’032’300.00**	**-3’451’669.41**
Ergebnis aus Finanzierung	**537’500.00**	**529’200.00**	**452'100.00**	**384‘486.67**
Operatives Ergebnis	**+170‘900.00**	**-344’600.00**	**-1’580’200.00**	**-3’067’182.74**
Ausserordentliches Ergebnis	**0.00**	**0.00**	**1'353'800.00**	**1'353'800.00**
Jahresergebnis Erfolgsrechnung	**+170’900.00**	**-344’600.00**	**-226’400.00**	**-1’713’382.74**

Ertragsüberschuss (+), Aufwandüberschuss (-)

Veränderungen gegenüber dem ursprünglich vorgelegten Budget 2026

Bei der Überarbeitung wurden sowohl die seit der November-Gemeindeversammlung bekannt gewordenen Mehraufwände, wie bspw. der Teuerungsausgleich für die Lehrpersonen, die Skilagerkosten, der Informatikaufwand in den Schulen oder die gestiegene Miete für die Sozialregion, berücksichtigt, als auch sämtliche nicht gebundenen Budgetpositionen punkto Einsparpotential überprüft.

Überprüft, aber nicht zur potenziellen Streichung oder Reduktion aufgezeigt wurden jene Budgetpositionen, bei welchen im 2026 infolge von Verträgen o.ä. keine Einsparungen realisiert werden können, wie bspw. Mitgliedschaften in Vereinen oder mittels Leistungsvereinbarungen zugesicherte Beiträge. Dasselbe gilt betreffend jene Budgetpositionen, deren Herabsetzung vorab von der Gemeindeversammlung zu genehmigende Reglementsanpassungen bedürften, wie bspw. die Erhebung von Elternbeiträgen für die frühe Sprachförderung oder die Anpassung des Musikschulangebots.

Schlussendlich konnte das Budget um CHF 515'500.00 verbessert werden, was dazu führt, dass ein Gewinn von CHF 170‘900.00 budgetiert werden kann. Dies basierend auf einem Steuerfuss – für natürliche

und juristische Personen – von 94% der einfachen Staatssteuer. Ohne eine entsprechende Steuererhöhung müsste ein Defizit budgetiert werden oder aber es müssten in einem Umfang Leistungen abgebaut werden, dessen Folge der Gemeinderat als nicht verantwortbar erachtet.

Die Budgetverbesserungen um CHF 515'500.00 erfolgten durch Anpassungen insbesondere bei folgenden Aufwandspositionen:

- Exekutive (Gemeinderat): Reduktion Spesen, keine externe Klausur, kein Weihnachtsessen, Verzicht auf Apéro Bundesfeier, Reduktion der Beiträge auf Antrag

- Personalaufwand: Weniger Mittel für Aus- und Weiterbildungen des Personals (-20%), befristete Anstellungen in der Bauverwaltung für Hochbauprojekte sowie die Reinigung der Verwaltung und der Sozialregion; Keine auswärtige Klausur der erweiterten Geschäftsleitung; Kein Teuerungsausgleich für das Verwaltungs- und Betriebspersonal sowie für Gemeinderatsmitglieder und Behördenmitglieder (gemäss § 63 Dienst- und Gehaltsordnung entscheidet die Gemeindeversammlung über die Gewährung des Teuerungsausgleichs)

- Sachaufwand: Weniger Mittel für Ersatzbeschaffungen Hardware, Betriebs- und Verbrauchsmaterial, Unterhaltsarbeiten (bspw. Treppe vor der Verwaltung, Aussenbereich, Parkplätze und Einstellhalle Treff 12, Feuerwehrmagazin, Schiessanlage, Kindergärten, Schulhäuser, Schwimmhalle, Musikschule, Glungge, Erzer, Käch), Unterhalt Maschinen, Fahrzeuge, Werkzeuge, Lehrmittel, Exkursionen, Schulreisen und Lager (abgesehen von den Skilagern), Büro- und Schulmaterial (z.B. keine neuen Schirme in der Glungge), Dienstleistungen Dritter/Honorare externer Berater (bspw. Pikett Wasseraufbereitung, Unterhalt Busunterstände, Bekämpfung von Umweltverschmutzung, Internetgebühren, Unterstützung Liegenschaftsstrategie), Entschädigungen Mandatsträger Erwachsenen- und Kindesschutz sowie Informatikaufwand Sozialregion; keine neue Website; Umstellung der Fensterreinigungen auf alle zwei Jahre, ausser im Treff 12

- Kultur, Anlässe und Sport: weniger Mittel für Kulturförderung (von der Kultur-, Familien- und Freizeitkommission zu vergebende Gelder) und Informationsanlässe; kein ü65-Anlass im 2026

Der Gemeinderat hat, wie eingangs beschrieben, nicht nur die Erfolgsrechnung, sondern auch die Investitionsrechnung für das Jahr 2026 überprüft und dabei folgende Investitionen in Höhe von total CHF 2.2 Mio. verschoben oder gestrichen:

- Streichung Schallschutzmassnahmen Schiessanlage
- Reduzierte Aktivierung der Eigenleistungen betreffend Projekt Schulhaus Brühl
- Reduktion Planungskosten Schulhaus Brühl und Schulhaus Bruggweg infolge Verzögerungen
- Verschiebung Fassadensanierung Musikschule
- Reduktion Dach- und Fassadensanierung Garderobengebäude Glungge
- Sistierung der Planung des Ersatzbaus Jugendhaus
- Verschiebung Sanierung bestehende Unterführung Weidenstrasse
- Verschiebung Planung Sanierung Landskronstrasse
- Verschiebung Sanierung Dorneckstrasse
- Reduktion Belagsarbeiten Werkhofareal
- Aussetzen des Umbaus BehiG-Bushaltestellen

Weiter wurden bei den nachfolgenden Investitionen die Jahrestranchen für das Jahr 2026 um total CHF 3.2 Mio. erhöht, da die budgetierten Ausgaben, infolge Verzögerungen oder ausstehenden Rechnungen, im 2025 nicht erreicht wurden:

- Asylunterkunft
- Instandstellung Werkhof
- Benedikt Hugi-Weg

- Sauberwasserleitung Bruggweg bis Birsweg
- Gempenring Mitte
- Goetheanumstrasse Kreuzung
- Erneuerung elektr. Installationen der Schiessanlage
- LED-Strassenbeleuchtung
- Langsamverkehr Velonetz Agglo
- In den Wyden: Brandschutzerweiterung und Hydranten

Auf Basis dieser Verschiebungen und Reduktionen sowie der getätigten Investitionen im Jahr 2025 wurden auch die Abschreibungen aktualisiert berechnet und angepasst. Insgesamt konnten diese um CHF 22'300.00 reduziert werden.

Veränderungen gegenüber dem Budget 2025

Personalaufwand

Der Personalaufwand nimmt im Vergleich zum Budget 2025 um CHF 517'500.00 zu, was einem Anstieg um +3.2% entspricht. Der Mehraufwand verteilt sich auf die Löhne der Lehrpersonen (CHF 346'600.00 = +6%), die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals (CHF 224'000.00 = +3.1%) sowie die Arbeitgeberbeiträge (CHF 89'200.00 = +3.5%). Dafür konnten die Aufwände beim übrigen Personalaufwand (CHF - 90'200.00 = -27.6%) sowie bei den Behörden und Kommissionen (CHF -53'400.00 = -11.1%) reduziert werden.

Nebst der durchschnittlichen Lohnentwicklung sind folgende Faktoren ausschlaggebend für die Zunahme des Lohnaufwands:

Löhne der Lehrpersonen
- Teuerungsausgleich Lehrpersonen Schulen (CHF +36'000.00)
- Umsetzung Klassenmanagementlektionen Primarschule (CHF +58'000.00)
- Zusätzliche Primarschulklasse ab August 2026 (CHF +50'000.00)
- Entlastungsstunden Schulen Dornach (CHF +47'000.00)

- Musikschule: mehr Lektionen (CHF +74'000.00)

Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals
- Assistenzlöhne Kindergarten und Sekundarschule, die bisher unter der Position Lohn der Lehrpersonen liefen (CHF +106'000.00)
- Befristete Stellenprozente in der Bauverwaltung, um das Investitionsvolumen bewältigen zu können (CHF +54'000.00, wovon ca. die Hälfte über das jeweilige Investitionsprojekt verrechnet und aktiviert wird)
- Aufstockung Sozialregion im Bereich Erwachsenen- und Kindesschutz um 50 Stellenprozente (CHF +50'000.00), mit gleichzeitiger Reduktion im Bereich Zentrale Dienste infolge geringerer Öffnungszeiten (CHF - 14'000.00)
- Komplettierung der Schulleitung mit drei Konrektoraten (CHF +18'000.00)

Sachaufwand

Das Budget des Sach- und Betriebsaufwands konnte um CHF -798'000.00 (= -12.3%) reduziert werden. In einzelnen Positionen wurden zwar Zunahmen verzeichnet, diese konnten jedoch durch Minderausgaben in anderen Bereichen mehr als kompensiert werden.

Die massgeblichsten Veränderungen gegenüber dem Vorjahresbudget sind folgende:

- Baulicher und betrieblicher Unterhalt (CHF -422’300.00): insbesondere Wegfall der LED-Umrüstung, welche grösstenteils im 2025 stattfand (CHF -142'000.00)
- Dienstleistungen und Honorare (CHF -167’000.00)
- Unterhalt Mobilien und immaterieller Anlagen (CHF -62’300.00)
- Material- und Warenaufwand (CHF -39'500.00)
- Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren (CHF +30'200.00)
- Übriger Betriebsaufwand (CHF -29’500.00)
- Exkursionen, Schulreisen und Lager (CHF +26'000.00)

Abschreibungen Verwaltungsvermögen

Durch die geplanten Investitionsausgaben (vgl. Abschnitt Investitionsrechnung) erhöht sich der Abschreibungsaufwand um CHF +53'700.00. Grossprojekte, wie z.B. die Schulhauserweiterungen, verursachen im Jahr 2026 noch keine Abschreibungen, da es sich hierbei um Projekte für Neubauten handelt, welche erst nach der Inbetriebnahme abgeschrieben werden.

Finanzaufwand

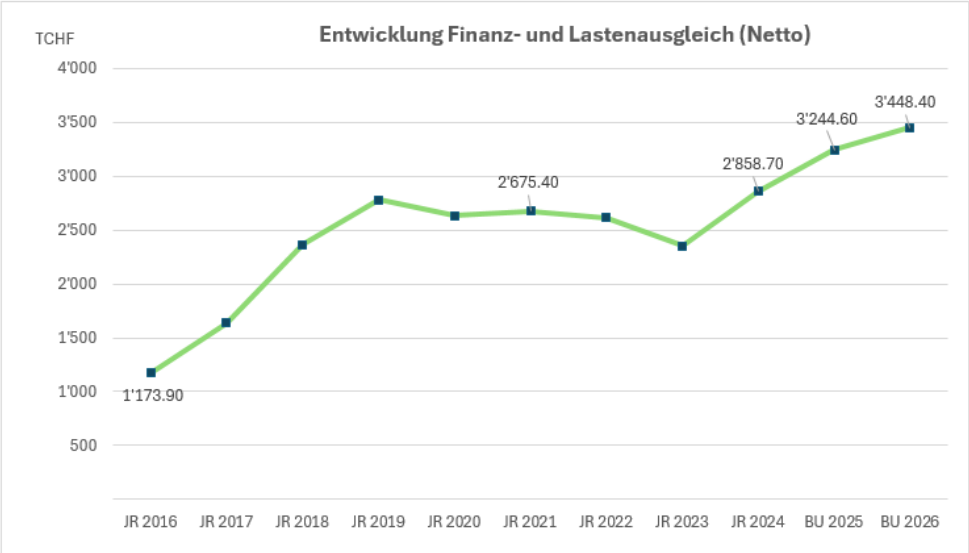
Durch das aktuell tiefe Zinsniveau wird davon ausgegangen, dass die benötigten Fremdmittel günstiger refinanziert werden können. Trotz weiterer Fremdkapitalaufnahme reduziert sich das Budget des kurz- und langfristigen Zinsaufwands um CHF -77'100.00. Weiter wurde der Unterhalt der Liegenschaften im Finanzvermögen (bspw. baulicher Unterhalt am Erzer-Haus) um CHF -27’000.00 reduziert.

Transferaufwand

Der Transferaufwand konnte im Budget 2.0 um rund CHF 35'000.00 reduziert werden. Dies insbesondere bei denjenigen Positionen, welche auf der Basis der Vorjahreswerte budgetiert wurden und die Rechnung 2025 nun tiefer ausfallen wird (z.B. Subventionen der Kindertagesstätten). Zudem entlastet die Reduktion bei der Sozialregion ebenfalls den Transferaufwand für den Dornacher Anteil um CHF 17'900.00.

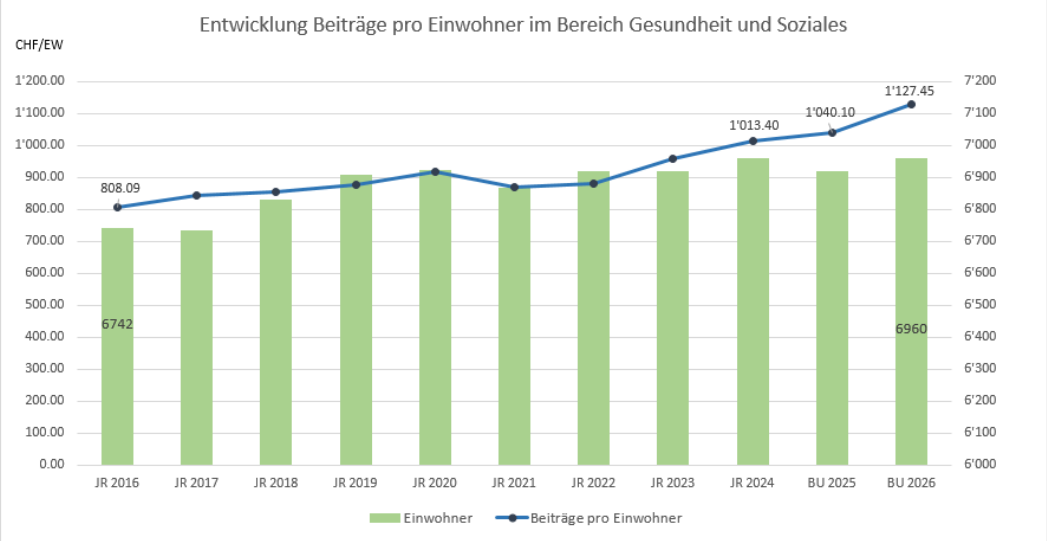
Kantonale Beiträge und Abgaben

Der Finanzausgleich richtet sich nach der Steuerkraft der Gemeinden (Verhältnis ihres auf 100% hochgerechneten Staatssteueraufkommens zu ihrer Einwohnerzahl); er wird unabhängig vom Steuerfuss berechnet. Die Abgabe in den kantonalen Finanz- und Lastenausgleich steigt per Budget 2026 um netto CHF +203'800.00 auf rund CHF 3.45 Mio. an. Die Abgaben stiegen somit seit 2016 um knapp das Dreifache an (vgl. nachfolgende Grafik).



Zudem nehmen auch die Kosten im Bereich Gesundheit und Soziales aufgrund der allgemeinen demographischen Entwicklung stetig zu. Gemäss den kantonalen Richtwerten ist mit einer Zunahme von rund TCHF +608 zu rechnen. Die Zunahme der ambulanten Pflegekosten wurde in Zusammenarbeit mit der massgebenden Spitex prognostiziert.

Die Entwicklung der Kosten im Bereich Gesundheit und Soziales zeigt seit dem Jahr 2016 einen Anstieg von rund CHF 320.00 pro Einwohner:in. Auch die Einwohnerzahl hat sich in dieser Zeit um rund 220 Personen erhöht. Daraus ergibt sich ein Anstieg der Kosten aufgrund von kantonal verpflichtenden Vorgaben im Bereich Gesundheit und Soziales um rund CHF 2.4 Mio. über die letzten 10 Jahre.



Eine weitere massgebliche Veränderung im Transferaufwand bildet die Zunahme der Kosten für den öffentlichen Verkehr von CHF +163'100.00, die vom Kanton vorgegeben werden.

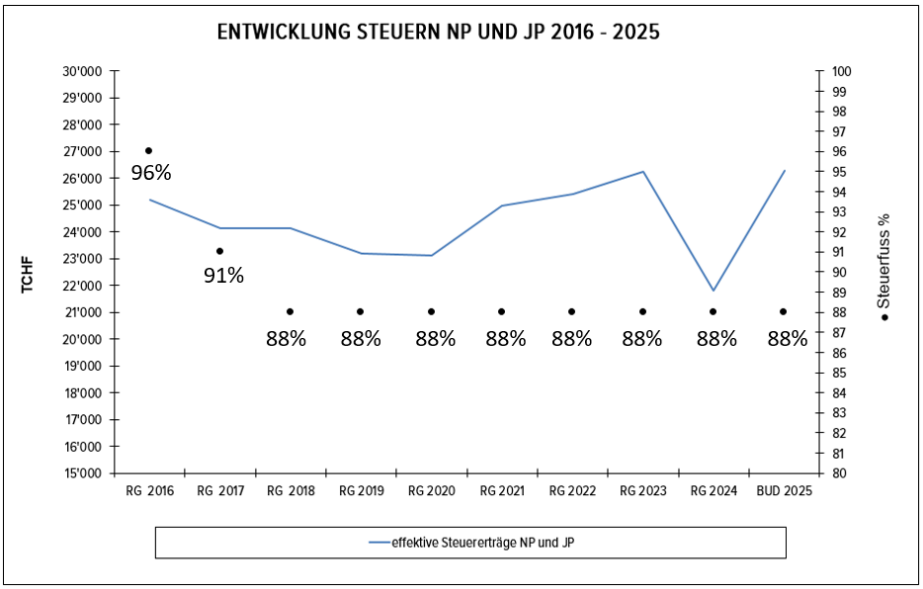
Einnahmen und Erträge

Durch das totalrevidierte Gebührenreglement konnten die Einnahmen an diversen Positionen erhöht und kostendeckend budgetiert werden. Folgende Positionen haben sich gegenüber dem Budget 2025 massgeblich verändert:

- Umsetzung Parkierungsreglement (TCHF +60): Gemäss heutigem Planungsstand wird da-von ausgegangen, dass das neue Parkierungsreglement Mitte 2026 in Kraft tritt. Aus diesem Grund wurden die Einnahmen ab August 2026 ins Budget aufgenommen.
- Aktivierung Eigenleistung (TCHF +35): Lohnaufwände, welche in der Bauverwaltung für die Projektleitungen entstehen, sollen über entsprechende Projektkredite der Investitionsrechnung abgerechnet werden.
- Feuerwehrersatzabgabe (TCHF +41): Bereits im letzten Jahr konnte das Budget durch die Erhöhung des Minimums und Maximums leicht erhöht werden. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass die Abgaben leicht höher ausfallen werden als im Vorjahresbudget angenommen.
- Baubewilligungsgebühren (TCHF +30): Unter der Annahme einer ähnlich hohen Bautätigkeit im Jahr 2026, wie im 2025, wurden fürs Budget 2026 die bisherigen Einnahmen 2025 hochgerechnet.
- Wegfall der Neubewertungsreserve (TCHF -1'353): Durch die Neubewertung des Finanzvermögens bei der Umstellung von HRM1 zu HRM2 wurden Reserven gebildet, welche in den letzten fünf Jahren erfolgswirksam aufgelöst werden mussten. Durch die vollständige Auflösung per Ende 2025 entfällt dieser ausserordentliche Ertrag, welcher die Jahresergebnisse der letzten Jahre sehr positiv beeinflusst hatte.
- Wegfall der Mieteinnahmen im Treff 12 (TCHF -27)

Gemeindesteuern
Das Budget der Steuererträge wurde auf Basis des letzten Jahresabschlusses (2024) sowie der aktuellen Rechnungsstellung des Vorbezugs 2025 berechnet. Diese prognostizierten Steuererträge wurden mit regionalen ökonomischen Konjunkturfaktoren auf das Jahr 2026 hochgerechnet.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der Steuererträge bzw. des Steuerfusses (Punkte) seit 2016. Im Geschäftsjahr 2024 haben Einmaleffekte den Ertrag negativ beeinflusst, unter anderem in Zusammenhang mit der Umstellung auf den Einheitsbezug.

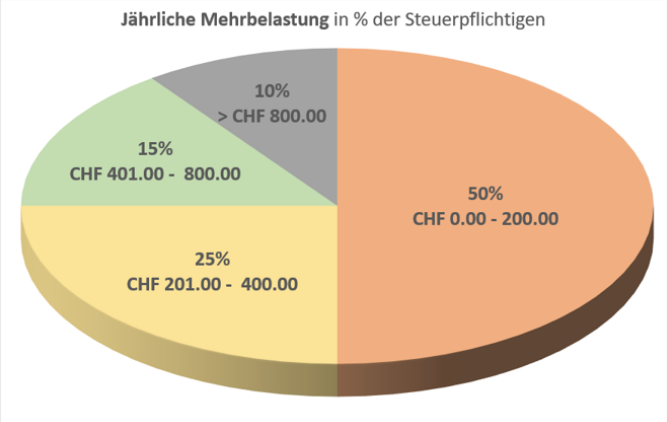


Aufgrund des hohen Investitionsbedarfs in den nächsten Jahren ist eine Steuererhöhung notwendig, weshalb im Budget eine Erhöhung des Steuerfusses für die natürlichen und juristischen Personen von 88% auf 94% enthalten ist.

Mit einem Steuerfuss von 94% würde Dornach weiterhin in den Top 5 der Solothurner Gemeinden verbleiben und über 20 Prozentpunkte unter dem kantonalen Durchschnitt (2025: 117.4%) liegen. Der Median, also der Wert «in der Mitte», der Gemeindesteuern für natürliche Personen über den gesamten Kanton liegt bei 120%. Der durchschnittliche Steuerfuss für natürliche Personen im Dorneck (ohne Berücksichtigung von Dornach) lag im Jahr 2025 sogar bei 120.3%. Mit Dornach liegt der Durchschnitt bei 117.4%. Daher ist es naheliegend, dass Dornach im Vergleich zu den umliegenden solothurnischen Gemeinden auch mit einer Steuererhöhung, weiterhin attraktiv bleibt.

Die Erhöhung des Steuerfusses auf 94% der einfachen Staatssteuer bringt insgesamt eine Ergebnisverbesserung um CHF 1.7 Mio.

Die jährliche Mehrbelastung für die einzelnen Steuerpflichtigen sieht wie folgt aus:



Für die Hälfte der Steuerpflichtigen (Ehepaare gelten als ein Steuerpflichtiger) erhöht sich die Steuerbelastung um weniger als CHF 200.00 pro Jahr. Für weitere 25% der Steuerpflichtigen beträgt die Mehrbelastung CHF 201.00 bis CHF 400.00 pro Jahr. Für die nächsten 15% der Steuerpflichtigen geht es um eine Erhöhung von max. CHF 800.00 pro Jahr. Nur 10% der Steuerpflichtigen, welche ein steuerbares Einkommen von mehr als CHF 170‘000.00 haben, werden mit zusätzlich mind. CHF 800.00 pro Jahr belastet.

Erläuterungen zu den Spezialfinanzierungen

GGA-Anlage Ertragsüberschuss CHF 169'300.00
Das Budget der Spezialfinanzierung Grossgemeinschaftsantennenanlage bewegt sich in etwa auf dem Vorjahresniveau. Gegenüber dem Vorjahresbudget wurde insbesondere der Unterhalt übrige Tiefbauten um TCHF -18 reduziert.

Die Investitionsrechnung weist geplante Bruttoausgaben in der Höhe von CHF 82’000.00 aus. Diese beinhalten technische Instandhaltungen der bestehenden Strassenprojekte.

Wasserversorgung Aufwandsüberschuss CHF - 82'000.00
Trotz Reduktion bei den Unterhaltspositionen, liegt das Budget 2026 der Spezialfinanzierung der Wasserversorgung rund TCHF 76 unter dem Vorjahresbudget. Aufgrund der Nettoinvestitionen der Leitungssanierungen von total CHF 1'822'400.00 (u.a. Benedikt Hugi-Weg, Reservoir Grossacker, Grundackerstrasse), erhöhen sich die Abschreibungen um rund CHF 22'000.00. Hinzu kommt, dass die Aufwände des Werkhofpersonals nach effektivem Aufwand der Spezialfinanzierung belastet werden. Dies spiegelt sich insbesondere im Lohnaufwand (TCHF 45) wider. Die Entschädigungen an Gemeinden und Zweckverbände liegen zudem knapp TCHF 100 über dem Vorjahresbudget.

Die Finanzierung der Wasserversorgung erfolgt neben den Wassergebühren durch Anschlussbeiträge und Subventionen der Gebäudeversicherung. Dank des vorhandenen Eigenkapitals steht die Wasserversorgung aktuell noch solide da. Bei dem geplanten Investitionsvolumen in den nächsten Jahren wird jedoch eine Überprüfung der Gebührenhöhen erfolgen müssen.

Abwasserbeseitigung Ertragsüberschuss CHF 248'800.00
Die Aufwendungen und Erträge der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung bewegen sich in etwa auf Vorjahresniveau. Gegenüber dem Budget 2025 haben sich die Unterhaltskosten im Tiefbau um TCHF -10 und die Dienstleistungen Dritter um TCHF -5 reduziert.

Im Budgetjahr 2026 sind Nettoinvestitionen von CHF 1'634'200.00 für Sanierung und Ersatz von Werkleitungen geplant. Diese setzen sich aus diversen Sanierungen der Abwasserleitungen (u.a. Sauberwasserleitung Birsweg und Bruggweg) und dem Investitionsanteil von Dornach für den Ausbau der ARA Birs zusammen.

Abfallbeseitigung Ertragsüberschuss CHF 53'600.00
Durch die Revision des Abfallreglements weist die Spezialfinanzierung einen Ertragsüberschuss von CHF 53'600.00 aus, was fast identisch zum Vorjahresbudget ist. Nach einem halben Jahr, in dem das revidierte Abfallreglement zur Anwendung kommt, zeichnet sich ab, dass die Erlöse beim Ramstel im 2025 zu positiv budgetiert wurden. Die Verkäufe wurden deshalb im Budget 2026 um gut TCHF 46 reduziert. Diese Mindereinnahmen können jedoch voraussichtlich durch Einsparungen bei den Dienstleistungen Dritter (TCHF -27) sowie im Unterhalt (TCHF -15) kompensiert werden.

Erläuterungen zur Sozialregion Dorneck
Das Budget der Sozialregion Dorneck ist Bestandteil des Budgets der Gemeinde Dornach. Durch die HRM2-Vorgaben verteilt sich dieses über mehrere Kostenstellen:

- 5316 AHV-Zweigstelle
- 5720 gesetzliche wirtschaftliche Hilfe; Sozialhilfe
- 5726 Sozialregion; Verwaltungskosten
- 5730 Asylwesen; Asyl- und Flüchtlingswesen
- 5790 Fürsorge übrige

Diese Bereiche zeigen das Budget für den Betrieb der 11 Vertragsgemeinden umfassenden Sozialregion Dorneck mit über 21'400 Einwohnerinnen und Einwohnern auf.

Für alle Gemeinden zusammen fallen betreffend AHV-Zweigstelle (Funktion 5316) Aufwände von TCHF 133 an. Dornach erhält vom Kanton TCHF 122 sowie von anderen Sozialregionsgemeinden TCHF 6, so dass der gemeindeeigene Anteil noch TCHF 5 ausmacht.

Auch betreffend Sozialhilfe (Funktion 5720) verhält es sich ähnlich. Für alle Gemeinden zusammen fallen Aufwände von CHF 11 Mio. an. Dornach erhält vom Kanton sowie von den anderen Sozialregionsgemeinden insgesamt CHF 8.8 Mio., so dass der gemeindeeigene Anteil CHF 2.5 Mio. ausmacht.

Betreffend Sozialregion (Funktion 5726), was Verwaltungs- und Sozialadministrationskosten sind, gilt es festzuhalten, dass sich dort Aufwand und Ertrag die Waage halten. Dies, da der auf Dornach entfallende Anteil in der Funktion 5790 verbucht wird. Es handelt sich um CHF 1.5 Mio. (TCHF 529 Lastenausgleich Sozialadministration + TCHF 911 Verwaltungskosten Sozialregion). Die Verwaltungskosten wurden ebenfalls wo möglich reduziert. Beim Personalaufwand wurden die gleichen Standards wie beim Gemeindepersonal umgesetzt (z.B. Verzicht Teuerungsausgleich, Reduktion Aus- und Weiterbildung etc.).

Im Bereich des Asylwesens (Funktion 5730) halten sich Aufwand und Ertrag fast die Waage. Der Ertrag ist um TCHF 148 höher, als der Aufwand.

Insgesamt verbleiben bei Dornach somit im Bereich Sozialhilfe und Asylwesen netto Aufwände von CHF 3.8 Mio.

Die Richtwerte des VSEG und des Kantons für den Lastenausgleich und die Sozialadministration sind höher angesetzt als im Budget 2025. Obwohl mit einem leichten Rückgang der Fallzahlen gerechnet wird, steigen die Kosten für die Gemeinden bzw. die Sozialregionen insbesondere aufgrund der Überwälzung der IPV (individuelle Prämienverbilligung) erneut an.

Erläuterungen zur Investitionsrechnung

Die im Nachgang zum abgelehnten Budget überarbeitete Investitionsrechnung 2026 weist Nettoinvestitionen von CHF 9.9 Mio. aus. Die Investitionsrechnung basiert auf dem Mehrjahresinvestitionsplan der Gemeinde und den von der Gemeindeversammlung bewilligten Projekten. Sie ist in der Beilage «Budget 2026» ab Seite 58 ersichtlich.

Von den geplanten Nettoinvestitionen von CHF 9'924'900.00 gehen CHF 3'568'600.00 zu Lasten der unterschiedlichen Spezialfinanzierungen und somit CHF 6'356'300.00 zu Lasten des Steuerhaushalts.

Die Erfolgsrechnung wird ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme bzw. Fertigstellung des jeweiligen Projektes mit den entsprechenden Abschreibungen nach Nutzungsdauer belastet.

Stellungnahme Gemeinderat und Empfehlung Finanzkommission

Weil der Gemeinderat bereits im Hinblick auf das ursprüngliche Budget 2026 umfangreiche Reduktionen (von über einer Million), insbesondere im Bereich des Sachaufwands, vorgenommen hatte, war die Aufgabe nicht einfach, nun nochmals in relevantem Umfang kurzfristig realisierbares Sparpotenzial zu eruieren. Die nun vorgenommenen Kürzungen von über CHF 500'000.00 (vgl. oben) sind vor allem beim Unterhalt und beim Personal mit Risiken verbunden: Unterhalt, der nicht in genügendem Umfang vorgenommen wird, verschiebt Kosten auf die Zukunft oder erhöht das Risiko von unvorhersehbaren Ausfällen oder Reparaturen. Die einmalige Reduktion der Weiterbildungsaufwände und der Antrag, auf den Teuerungsausgleich 2026 zu verzichten, bringen das Risiko mit sich, dass die Arbeitgeberattraktivität der Gemeinde leidet. Im Gegenzug hat der Gemeinderat auf eine Reduktion von Stellen verzichtet und damit auch klar zum Ausdruck gebracht, dass er hinter dem Gemeindepersonal steht und die Arbeitsleistung und die mit den Stellen verbundenen Leistungen und die Erfüllung der Gemeindeaufgaben als wichtig ansieht.

Anlässlich der ausserordentlichen Gemeinderatssitzung vom 13. Februar 2026 beschloss der Gemeinderat mit fünf zu zwei Stimmen, der Gemeindeversammlung vom 18. März 2026 das beiliegende Budget 2026 vorzulegen. An der gleichen Sitzung entschied der Gemeinderat einstimmig, an den in den Paketen Leistungsabbau Bildung, Veranstaltungen, Freizeit und Jugendarbeit beschriebenen Leistungen festzuhalten. Betreffend die im Paket Leistungsabbau Sicherheit, Reinigung, Umwelt, Energie beschriebenen Leistungen entschied der Gemeinderat mit sechs zu einer Stimme an diesen festzuhalten.

Die Finanzkommission hatte sich vor der ausserordentlichen Gemeinderatssitzung mit den Ergebnissen der Budgetklausur des Gemeinderates auseinandergesetzt und dem Gemeinderat einstimmig empfohlen, das Budget 2026 so, wie es an der Budgetklausur bereinigt worden war, zuhanden der Gemeindeversammlung zu verabschieden.

URSPRÜNGLICHER ANTRAG

://: Die Gemeindeversammlung beschliesst das Budget 2026 mit folgenden Eckpunkten:

1. Erfolgsrechnung:

Gesamtaufwand	CHF	58'188'500.00
Gesamtertrag	CHF	58'359'400.00
Ertragsüberschuss	CHF	170'900.00

2. Investitionsrechnung:

Ausgaben Verwaltungsvermögen	CHF	10'428'900.00
Einnahmen Verwaltungsvermögen	CHF	504'000.00
Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen	CHF	9'924'900.00

3. Spezialfinanzierungen:

GGA: Ertragsüberschuss	CHF	169'300.00

Wasserversorgung: Aufwandüberschuss	CHF		82’000.00
Abwasserbeseitigung: Ertragsüberschuss	CHF		248'800.00
Abfallbeseitigung: Ertragsüberschuss	CHF		53’600.00

4 Der Steuerfuss ist wie folgt festzulegen:

Natürliche Personen	94%	der einfachen Staatssteuer
Juristische Personen	94%	der einfachen Staatssteuer

5. Die Feuerwehrersatzabgabe ist wie folgt festzulegen:
(Minimum CHF 40.00/ Maximum CHF 800.00) 9.60% der einfachen Staatssteuer

6. Der Gemeinderat wird ermächtigt, allfällige Finanzierungsfehlbeträge gemäss vorliegendem Budget durch die Aufnahme von Fremdmitteln / Darlehen zu decken.

BERATUNG

Daniel Urech:
Wir kommen zum Budget 2026. Und da möchte ich mit einem kleinen Exkurs anfangen. Und zwar haben wir uns neu konstituiert als Gemeinderat, sind im Oktober in eine Klausur gegangen zusammen mit den Abteilungsleitenden und haben uns überlegt, was wir in dieser Legislatur erreichen möchten. Wir haben den Slogan für die Legislatur genommen "Dor**nach vorne** – gemeinsam, lebendig, naturnah." Wir haben für sieben Handlungsfelder jeweils ein allgemeines Ziel und diverse konkrete Massnahmen, was wir in den nächsten vier Jahren realisieren möchten, definiert. Das erste Handlungsfeld ist die "Stabilisierung der Finanzen". Das hat ganz viel damit zu tun, was wir heute Abend machen. Da ist das Ziel – ich werde Ihnen jetzt nicht alle Massnahmen berichten – aber so einfach die Grundziele, die wir in dieser Legislatur erreichen möchten, das wäre hier der Erhalt der finanziellen Handlungs- und Investitionsfähigkeit der Gemeinde. Dann haben wir das zweite Handlungsfeld "Schulhausbauten und Schulangebote". Sie haben es gehört, wir haben bei der Schulinfrastruktur grossen Handlungsbedarf. Da ist relativ lange nicht mehr investiert worden. Entsprechend gibt es einen gewissen Nachholbedarf. Da haben wir als Ziel die Weiterentwicklung und Erneuerung der Infrastruktur und den Ausbau der Bildungsangebote in Dornach. Dann haben wir das dritte Handlungsfeld "Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung". Da gehört eine Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit, von der Partizipation und von der Vernetzung auch mit anderen Gemeinden, mit anderen Institutionen dazu. Dann das vierte Handlungsfeld ist die "Infrastrukturentwicklung". Das ist ein sehr breites Handlungsfeld. Als Bild sehen Sie hier die geplante Birsquerung, Ausbau und Erneuerung der Infrastruktur im Gebäude-, Verkehrs- und Energiebereich unter Berücksichtigung der Natur- und Umweltaspekte. Wir schauen den grünen Charakter von Dornach – und da ist nicht das Politische gemeint, sondern das Landschaftliche und die Natur – als sehr wichtig an. Dann wollen wir selbstverständlich als fünftes Handlungsfeld die "Ortsplanung" zu einem Abschluss bringen und die Teilzonenplanrevision Wydeneck. Wir möchten auch Entwicklungsprojekte aktiv begleiten. Dann das sechste Handlungsfeld ist die "Generationenfreundlichkeit", die Stärkung der Attraktivität von Dornach für alle Generationen. Als siebtes Handlungsfeld möchten wir unsere "Verwaltung stärken" im Sinne einer Weiterentwicklung, einer zukunftsfähigen, agilen und motivierten Verwaltung mit motivierten Mitarbeitenden und dem Erhalt einer hohen Kundenorientierung. Das sind so die Handlungsfelder. Wenn Sie sich für die Massnahmen, die dazu gehören, interessieren, können Sie diese gerne auf unserer Webseite auch nachschauen. Sie sehen, wir haben einiges vor in dieser Legislatur. Einiges ist jetzt auch gerade aufgrund des fehlenden Budgets kurz schon einmal ins Stocken geraten. Es ist aber grundsätzlich jetzt an der Verwaltung, an den Schulen, der Bauverwaltung, Finanzverwaltung, Sozialregion, den Zentralen Diensten und den Stabsstellen, an denen ist es, die Ziele, aber auch alle gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben und die von Ihnen und vom Gemeinderat beschlossene Aufgaben, umzusetzen. Was für Aufgaben das so sind und was sich an denen vielleicht in den letzten Jahren auch verändert hat, das möchten wir Ihnen kurz durch unsere Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter darlegen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir einen gewissen Überblick

auch haben, für was wir das Budget überhaupt machen und was für Leistungen die Gemeinde mit diesen Steuern erbringt. Ich gebe als erstes das Wort unserer Verwaltungsleiterin und Gemeindeschreiberin Sarah-Maria Kaisser.

Sarah-Maria Kaisser:
Geschätzte Dornacherinnen und Dornacher, geschätzte Anwesende, die Aufgaben der klassischen Gemeindeverwaltung haben sich verändert. Früher wurde die Verwaltung oft vor allem als Ort wahrgenommen, wo man ein Formular abgegeben oder Bewilligungen eingeholt hat. Heute ist es vielmehr: ein moderner Dienstleister, ein Koordinator für gesellschaftliche Entwicklungen und ein wichtiger Ansprechpartner für ganz unterschiedliche Lebensbereiche. Ein Beispiel dafür sind die Einwohnerdienste. Während früher der persönliche Gang an den Schalter selbstverständlich war, erwarten heute viele Menschen eine digitale Dienstleistung, schnelle Antworten und flexible Möglichkeiten, sei es online, per E-Mail oder telefonisch. Nicht selten erreicht mich ein E-Mail am Wochenende, in dem es heisst, "ich wünsche dir dann ein schönes Wochenende", wohlwissend, dass ich wohl die E-Mails am Wochenende lesen werde. Die IT spielt deshalb auch eine immer zentralere Rolle. Digitalisierung bedeutet jedoch nicht nur neue Programme, sondern auch Datensicherheit, neue Arbeitsprozesse und laufende Weiterbildung von unseren Mitarbeitenden.

Auch gesellschaftliche Veränderungen spiegeln sich in den Aufgaben der Verwaltung wider. Der demografische Wandel führt dazu, dass Themen rund um Alter und Gesundheit stärker in den Fokus rücken. Gleichzeitig wachsen die Bedürfnisse nach Angeboten in den Bereichen Freizeit, Sport und Kultur, die wesentlich zur Lebensqualität in Dornach beitragen. Die Aufgaben, die die Vereine wahrnehmen, gehen zurück.

Weitere Themen sind komplexer geworden. Die Asylkoordination zum Beispiel verlangt heute eine enge Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Kanton und verschiedenen Organisationen. Dabei geht es nicht nur um die Verwaltung, sondern auch um Integration, Verständnis und Zusammenhalt in unserer Gemeinschaft. Auch die rechtlichen Anforderungen haben zugenommen. Entscheide der Gemeinde werden heute häufiger überprüft oder angefochten. Das hat unter anderem damit zu tun, dass viele Menschen über eine Rechtsschutzversicherung verfügen. Für die Verwaltung bedeutet das, dass die Verfahren häufig nicht auf Stufe Gemeinderat enden, sondern noch vor weiteren Instanzen geführt werden müssen. Im Hintergrund sorgt das Personalwesen dafür, dass wir genügend qualifizierte Mitarbeitende finden und halten können. Eine Herausforderung in der Zeit eines Fachkräftemangels.

Ebenso wichtig sind ein professionelles Büromanagement und Kommunikation, damit die Informationen transparent fliessen und Sie als Bevölkerung jederzeit wissen, was in Ihrer Gemeinde passiert. Nicht zuletzt ist die Zusammenarbeit zwischen Ihnen, der Legislative, und dem Gemeinderat, der Exekutive, entscheidend. Die politischen Behörden setzen die strategischen Ziele, während die Administration und der gesamte Verwaltungsapparat inklusive allen Abteilungen, die jetzt gleich noch zur Sprache kommen werden, dafür sorgen, dass diese Entscheide rechtlich korrekt, effizient und bürgernach umgesetzt werden.

Was sich bei all dem wohl am stärksten verändert hat, sind die Erwartungen an uns. Die Bevölkerung erwartet heute zu Recht Transparenz, schnelle Abläufe, verständliche Kommunikation und eine Verwaltung, die zuhört und mitdenkt. Dafür brauchen wir in all diesen erwähnten Bereichen gutes, motiviertes Personal und eine tiefe Fluktuation. Unser Ziel ist klar: Wir wollen eine moderne, offene und serviceorientierte Gemeindeverwaltung sein, eine Verwaltung, die für Sie arbeitet und gemeinsam mit Ihnen die Zukunft von Dornach gestaltet. Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen.

Reto Fehr:
Geschätzte Anwesende, mein Name ist Reto Fehr, ich darf zu Ihnen als Gesamtschulleiter reden. Bevor ich etwas zum Schulbudget sage, möchte ich Ihnen als Einleitung Folgendes mitgeben: Wir alle, alle anwesenden Personen hier im Saal, sind einmal selber in die Schule gegangen. Ich bin mir sicher, Sie haben

durch Ihren eigenen Schulbesuch ein Bildungsverständnis bekommen. Ich bin mir auch sicher, dass Sie alle früher von Menschen profitiert haben, die sich für gute Bildung eingesetzt haben. Auch für Sie und für Ihre Schulzeit sind in den früheren Jahren Ressourcen gesprochen worden, Ressourcen, die den Bildungsmenschen aus Ihnen gemacht hat, der jetzt hier sitzt und der über das aktuelle Budget der Einwohnergemeinde beraten darf. Wenn Sie an Ihre eigene Schulzeit zurückdenken, dann kommen wahrscheinlich sofort Erinnerungen auf. Vielleicht haben Sie Erinnerungen an Lehrpersonen, die Sie besonders gefördert haben, die Sie gerne hatten. Vielleicht haben Sie Erinnerungen an ein Fach, das Sie begeistert hat. Vielleicht denken Sie aber gerade auch an eine Prüfung, an die Sie vielleicht jetzt auch lieber gerade gar nicht mehr denken würden. Wenn man Menschen nach ihrer Schulzeit befragt, merkt man schnell, fast jede und jeder Mensch hat eine Geschichte über die Schule, die er oder sie durch das Leben mitträgt. Und Menschen haben auch eine klare Meinung, was eine gute Schule, was die Schule ausmacht. Die meisten Menschen wissen später, was sie während ihrer Schulzeit vermisst haben und was besonders gut gewesen ist. Aus diesen Erinnerungen gibt es ein einheitliches Bild, ein Bild, was eine gute Schule sein soll, was eine gute Schule ausmacht. Eine gute Schule hat engagierte Lehrpersonen. Eine gute Schule hat moderne Gebäude und eine zeitgemässe Infrastruktur. Eine gute Schule fördert jedes Kind individuell. Wir wissen aus eigener Erfahrung, eine gute Schule entsteht nicht einfach von selber. Eine gute Schule braucht motivierte Menschen, sie braucht Zeit, sie braucht geeignete Räume und ja, eine gute Schule braucht finanzielle Mittel.

Gerade jetzt, gerade aktuell wird das besonders deutlich und klar. In einer Dorfschule, wie wir eine haben, kommen alle Erinnerungen, alle Erwartungen, alle Hoffnungen der Bevölkerung zusammen. Die Erfahrung der Eltern, die Wünsche der Familie, die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, die heute bei uns in die Schule gehen. Eine Schule ist nicht einfach ein Gebäude oder eine Institution, sie ist ein Mehrgenerationenprojekt unserer Gemeinde und aus diesem gemeinsamen Projekt entsteht etwas sehr Wichtiges. Es entsteht nämlich Bildung. Es entsteht Bildung in den Kindergärten, es entsteht Bildung in der Primarschule, es entsteht Bildung auf der Sekundarschulstufe, es entsteht Bildung in der Familie, in unseren Klassenzimmern, auch in diesem Saal. Im täglichen Engagement der Lehrpersonen und im Zusammenspiel der Familien wird das deutlich. Wenn wir also heute über das Budget der Schule reden, reden wir auch darüber, welche Voraussetzungen wir schaffen wollen, damit unsere Kinder und Jugendlichen gut lernen können. Ich bin sicher, dass wir alle gemeinsam ein einheitliches Ziel in diesem Bereich haben. Wir wünschen uns für unsere nächste Generation optimale Voraussetzungen für ihr Leben. Bildung ist eine der wichtigsten Investitionen einer Gemeinde, nicht weil Bildung billig ist, sondern weil sie von unschätzbarem Wert für unsere zukünftige Generation ist. Danke.

Andreas Burckhardt:
Herr Präsident, meine Herren Gemeinderäte, liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, wir sind heute hier aufgeboten worden für den Finanzplan und Budget. Wir alle schätzen, was in dieser Gemeinde gemacht wird und wir wissen es, mindestens in der allgemeinen Form, wie es jetzt von zwei Voten vorgetragen worden ist. Die zwei Voten haben zuerst 3 Minuten 50 und nachher 4 Minuten gebraucht, wenn wir jetzt noch weitere Voten haben, fürchte ich, dass wir über das Budget konkret nicht mehr diskutieren können. Ich stelle darum den Antrag, dass wir jetzt in die Eintretensdebatte über das Budget einsteigen. Danke vielmals.

Daniel Urech:
Die Vorstellung ist, dass die Vorstellung in maximal drei bis vier Minuten pro Abteilung erfolgt. Selbstverständlich ist dieser Ordnungsantrag so zulässig und wir werden darüber abstimmen. Wird das Wort zum Ordnungsantrag noch verlangt? Ich würde beliebt machen, dass wir uns den kurzen Überblick über unsere Verwaltung geben lassen, weil wir schliesslich über diese reden werden im Budget, damit Sie auch sehen, wer hinter diesen verschiedenen Abteilungen steht und was diese so machen. Wird das Wort verlangt noch dazu? Wenn das nicht der Fall ist, können wir abstimmen.

Wer dem Ordnungsantrag auf Abbruch der Vorstellungen durch die Abteilungsleitenden zustimmen möchte, der soll das zeigen mit Erheben der Stimmkarte. Wir zählen aus.

Wer gegen den Ordnungsantrag Burckhardt ist, soll es zeigen mit Erheben der Stimmkarte.

Gibt es Enthaltungen? Wenn du nichts dagegen hast, Andreas, verzichte ich darauf, die Enthaltungen auszuzählen.

ORDNUNGSANTRAG BURCKHARDT
(162:237 bei vereinzelten Enthaltungen)
://: Der Ordnungsantrag auf Abbruch der Vorstellungen durch die Abteilungsleitenden wird abgelehnt.

Daniel Urech:
Damit geht das Wort an den Leiter der Musikschule, Simon Reich.

Simon Reich:
Werte Anwesende, herzlichen Dank, dass ich das Wort ergreifen darf. Ein weiterer Aspekt der Bildung ist die seit dem Jahr 2012 in der Bundesverfassung verankerte musikalische Bildung, genau so, wie wir sie an der Musikschule praktizieren. Sie hat in Dornach eine erfreuliche und auch eine beeindruckend lange Tradition. Im Jahr 2029 werden wir miteinander das 70-jährige Jubiläum feiern können.

Eine zukunftsgerichtete Politik hat es ermöglicht, dass das heutige Gebäude, das gelbe an der Kreuzung gegen Gempen und Hochwald zu – die beiden Gemeinden gehören auch zur Musikschule – im Jahr 2009 eingeweiht worden ist. Heute erhalten rund 350 Kinder und Jugendliche sowie 17 Erwachsene Musikunterricht und 10 Familien besuchen dort das Familiensingen. Die Schuladministration wird von zwei Personen der Verwaltung abgedeckt, 31 Lehrpersonen erteilen den Unterricht in knapp 30 Instrumenten, Sologesang, Chor und Tanzen. Die Musikschule gehört zu Dornach, bereichert die Gemeinde auch nicht nur in einem kulturell vielfältigen Angebot. Ich persönlich bin stolz auf die Musikschule und ich freue mich, was wir in der Zukunft noch miteinander vorhaben.

Marc Etterlin:
Ich darf Ihnen kurz die Aspekte des Baus erläutern. Der Bau ist sicher die Abteilung, die gerade im Finanzplan die grössten Ausschläge verursachen wird, weil es eben viel zu bauen gibt.

Zukunft, Entwicklung, Fortschritt. Schritt für Schritt möchten wir diesen Weg gehen, wobei das Ziel zählen soll. Ein Stillstand sollte auch keine Option sein. Im Baubereich stehen wichtige Projekte an, die die Entwicklung von Dornach prägen werden. Im Fokus der täglichen Arbeit steht aber auch der Betrieb und der Unterhalt der gemeindeeigenen Infrastrukturen. Täglich sorgen unsere Teams dafür, dass Strassen, Spielplätze, Gebäude, Grünflächen, Wasser- und Abwasseranlagen gepflegt und gewartet werden. Zudem kümmern wir uns um Baugesuche, um Veranstaltungen, Vermietungen und die Bewirtschaftung des Gemeindeeigentums. Zukunftsorientiert entwickeln wir Strategien für Liegenschaften, Landreserven, Energie und Natur. Wir planen Ersatzmassnahmen für Tief- und Hochbauten und erarbeiten Lösungen für Mobilität und Abfallbewirtschaftung.

Die Zeit, in der man einfach nur verwalten konnte, ist unserer Ansicht vorbei. Der Vorratsschrank hat sich geleert oder der Benzintank braucht langsam die Reserven. Darum, in Zukunft muss das neu bestückt werden oder eben wieder getankt werden. In naher Zukunft sind Unterhaltsarbeiten, Reparaturen, Erweiterungen, Ausbauten und Erneuerungen, auf welche man in der Vergangenheit noch verzichten konnte, in den erwähnten Bereichen unumgänglich. Unsere Infrastruktur sollte dringend erneuert werden.

Viele Liegenschaften laufen zum Beispiel noch mit fossilem Brennstoff, Gebäudehüllen entsprechen nicht mehr den Normen, Schulanlagen müssen modernisiert werden, viele Wasser- und Abwasseranlagen sind in einem kritischen Zustand und bestehende Reglemente sind veraltet. Um diese Aufgaben alle zu bewältigen, beantragen wir im Budget und in der Mehrjahresplanung die nötigen finanziellen Mittel, weil je

länger wir das vor uns hinschieben, desto höher wird der Aufwand im Unterhalt und das Risiko von Schäden steigt zunehmend. Ein weiteres Hinauszögern von Umsetzungen bedeutet einen weiteren Investitionsstau und in Zukunft werden die wenigsten Projekte günstiger. Meistens wird es über die Jahre eher teurer. Die Entwicklung sollte aus unserer Sicht nicht gestoppt werden. Jetzt wäre doch der richtige Zeitpunkt, um zu handeln und das Weichenstellen für eine zukunftsfähige Infrastruktur, für uns und für die kommenden Generationen. Vielen Dank für eure Unterstützung.

Petra Nellestein:
Guten Abend auch von meiner Seite, mein Name ist Petra Nellestein, ich bin die Leiterin der Sozialregion Dorneck. Die Sozialregion leistet gesetzliche Sozialarbeit für elf Gemeinden im Dorneck. Dazu zählen Erwachsenen- und Kindesschutz, Sozialhilfe und die Dienste der AHV-Zweigstelle. Daneben leistet die Sozialregion auch noch freiwillige Beratung in einem bescheidenen Umfang.

Das hat das Ziel, die Menschen in einer schwierigen Lebenssituation zu unterstützen, dass keine Massnahmen notwendig werden und dass sie selbständig leben können. Mit den Errungenschaften wie Mitbestimmung und Selbstbestimmung hat sich unsere Arbeitsweise auch verändert. Die UN-Behindertenrechtskonvention hat auch gute Worte dafür gefunden. Sie sagen: "Nichts über uns, ohne uns". Das bedeutet für uns, dass wir sie auch bei jeder Entscheidung miteinbeziehen müssen. Früher hat es einen Vormund gegeben oder eine Behörde und die haben die Entscheidungen getroffen. Heute erarbeitet man das zusammen. Wir arbeiten nach dem Credo "so viel wie nötig und so wenig wie möglich". Das benötigt Ressourcen.

Ebenfalls benötigt es Ressourcen, sozialhilfeabhängige Personen nachhaltig zu integrieren, damit die Ablösung auch langfristig ist und sie nicht wieder zurück in eine Abhängigkeit kommen. Auch das braucht eine enge Begleitung. Wir pflegen den Austausch auch mit anderen Sozialregionen. Wir stellen uns einem Benchmarking. Und was hier vielleicht auch noch wichtig ist, wir sind immer mal wieder im Fokus, weil die Sozialkosten steigen. Da ist es mir wichtig zu sagen, dass die Sozialregion einen gesetzlichen Auftrag erfüllt. Wir haben ein professionelles Berufsverständnis und in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess überprüfen wir unsere Organisation und unsere Abläufe immer wieder. Wir schätzen es sehr, dass wir die Leitgemeinde Dornach haben und dass wir die Nähe zur Gemeindeverwaltung haben. Vielen Dank an dieser Stelle auch noch von meiner Seite.

Silena Wellinger:
Zum Abschluss kommen wir noch zu der Finanzverwaltung. Da kommen am Schluss alle vorher genannten Aspekte von meinen Kollegen und Kolleginnen in irgendwelchen Zahlen wieder zusammen und laufen auch über den Tisch. Nebst all diesen Faktoren, die wir vorhin schon gehört haben, gibt es auch äussere Faktoren, die uns beschäftigen, wie zum Beispiel die demografische Entwicklung, die zu höheren Pflegekosten und Ergänzungsleistungen führen, aber auch jeweils die neuen Gesetzgebungen wie zum Beispiel Steuerreformen oder die 13. AHV-Revision haben jeweils einen direkten Einfluss auf Ausgaben und Einnahmen der Gemeinde.

Nicht nur die Veränderungen in Solothurn oder in der Schweiz, sondern auch auf der ganzen Welt beeinflussen die Finanzlage der öffentlichen Verwaltungen. Sei es im Asylbereich der Sozialregion infolge von internationalen Krisen oder steigenden Preisen infolge der Inflation. In diesem Kontext werden die Aufgaben in der Finanzverwaltung immer anspruchsvoller. Neben der Finanzierung der Investitionen, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen, muss auch die Zahlungsfähigkeit jeweils gewährleistet werden. Und dazu wird auch jeweils eine Liquidationsplanung [recte: Liquiditätsplanung] vorausgesetzt. Gleichzeitig gilt es, die Verschuldung tragbar zu halten und damit die zukünftige Generation nicht übermässig zu belasten. Eine konsequente Verrechnung der Gebühren und ein effizientes Mahnwesen sind essenziell, um die Einnahmen zuverlässig zu sichern.

Die Ansprüche an Transparenz, an Vollständigkeit und an das buchhalterische Detailverständnis sind so hoch wie nie. Entsprechend steigt auch die Wichtigkeit eines funktionierenden internen Inkassos und eines internen Kontrollsystems. Das IKS ist seit dem Jahr 2023 auch vom Kanton vorgegeben und wird von der Verwaltung umgesetzt und quartalsweise rapportiert. Das System hilft uns, Abweichungen und Risiken frühzeitig zu erkennen und Massnahmen ergreifen zu können.

Dornach hat insgesamt solide Finanzen und ist in einer guten Ausgangslage, um die kommenden Herausforderungen zu meistern und das dank der hohen Steuerkraft von euch Dornacherinnen und Dornachern. Die Steuerkraft allein reicht aber nicht, um allen Anforderungen sowohl von innen wie auch von aussen gerecht zu werden. Gerade unvorhergesehene Ereignisse können die Situation schnell verändern. All diese Faktoren spiegeln sich letztendlich in der Jahresrechnung bzw. heute Abend insbesondere im Budget wieder. Dabei müssen sich Aufwand und Ertrag langfristig die Waage halten, um die finanzielle Stabilität nachhaltig sicherzustellen. Damit gebe ich das Wort an Daniel Urech.

[Applaus]

Daniel Urech:
Ich glaube, den Applaus haben unsere Abteilungsleitenden verdient. Ich würde als Anregung geben, dass wir ab jetzt auf Applaus verzichten. Es verlängert nämlich ein bisschen und ich danke ausdrücklich auch all denen, die vorher dem Ordnungsantrag zugestimmt haben, dass sie die 10 Minuten im Sinne auch von einem gesamten Überblick zugehört haben. Jetzt steigt Fabian Mathiuet als zuständiger Ressortleiter Finanzen in die Vorstellung des eigentlichen Budgets ein.

Fabian Mathiuet:
Wenn Sie sich das Bild noch einmal in Erinnerung rufen, das wir vorhin angeschaut haben: wir sind wieder auf der linken Seite bei der Erfolgsrechnung. Die Erfolgsrechnung ist mit Ertrag und Aufwand ausgewiesen, wir haben das schon ein paar Mal gehört. Auf der Ertragsseite sind vor allem die Steuern sehr relevant, aber wir haben auch Gebühren und Vermietungen. Der Finanzertrag zum Beispiel sind auch die Mieteinnahmen, die wir als Einnahmen verbuchen können. Auf der Aufwandseite sind es vor allem Personalaufwand – das Personal von Verwaltung, Schulen und Werkhof zum Beispiel - und Sach- und Betriebsaufwand. Wie Sie sehen, Nummer 31, das sind die Materialien, das sind Entgelte, das sind natürlich alle Unterhalte, die man leisten muss. Und den Finanzaufwand sehen Sie in der Nummer 32 und eben die Zinsen, von denen ich auch schon geredet habe.

Und der Transferaufwand, das ist dann natürlich auch die Sozialhilfe und natürlich auch die kantonalen Abgaben. Die Nummern, die sind sehr praktisch, wenn Sie sich das Budget, das dicke Buch anschauen. Weil eigentlich immer, wenn Sie auf eine Nummer treffen, die ein 4 vorne hat, dann ist es ein Ertrag und wenn Sie eine Nummer sehen oder eine Zeile sehen, die ein 3 vorne hat, dann ist es ein Aufwand. Das hilft auch ein bisschen, um sich durch das dicke Buch zurecht zu finden.

Wie setzt sich der Aufwand zusammen? Das ist ja auch ein Stück weit eine bestehende oder eine bekannte Folie. Das ist eigentlich dort, wo man sieht, wir haben einen beeinflussbaren Aufwand und wir haben einen nicht beeinflussbaren Aufwand und wir haben einen teilbeeinflussbaren Aufwand. Und das grosse Kuchenstück [Fabian Mathiuet verweist auf die PowerPoint-Präsentation], die 62%, das orangene Stück des Kuchens, das ist absolut nicht beeinflussbar für uns als Gemeinde Dornach. Dort sind die Sachen drin, wie die Direktzahlung an die Sozialhilfe, die Lehrpersonen der Schulen - das ist ein spannender Fakt, dass eigentlich der Kanton die Löhne der Lehrpersonen bestimmt, aber zahlen tut sie die Gemeinde. Und dann wird das auch bestimmt. Oder wir haben dann auch die Abgaben im Finanz- und Lastenausgleich. Auf das komme ich dann noch speziell zurück, weil das ist auch etwas Spannendes im Kanton Solothurn oder allgemein und das sind einfach all die orangen Blöcke da, der grosse Kuchen, da kann man nichts machen, das ist einfach gegeben. Und dann haben wir einen Viertel, das ist der gelbe Teil [Fabian Mathiuet verweist auf die PowerPoint-Präsentation], das ist teilbeeinflussbar, dort sind natürlich Verwaltungskosten drin,

Betriebspersonal, das ich schon erwähnt habe, eben die Verwaltung kann man nicht einfach abbauen und das komplett einsparen, da muss man natürlich einen Teil davon haben und dann ein kleiner Teil davon ist natürlich dann sehr stark beeinflussbar.

Ich will etwas Persönliches dazu sagen, man hört immer wieder von einem strukturellen Defizit und für mich ist es eigentlich kein strukturelles Defizit, wenn die nicht beeinflussbaren Kosten viel stärker steigen als die beeinflussbaren. Und das ist auch wieder eine Übersicht. Wir haben hier einmal im 2018 geschaut, wie sich die Zahl entwickelt hat und jetzt zum Beispiel der dicke rote Strich hier, das sind die nicht beeinflussbaren Kosten. Die sind um 35% gestiegen, aber natürlich der Summe nach bzw. dem Geldbetrag nach um mehr als 9 Millionen.

Auf der anderen Seite, die teilbeeinflussbaren Kosten sind etwa um 3,8 Millionen gestiegen, die Steuereinnahmen und die weiteren Einnahmen sind weniger stark gestiegen als die nicht beeinflussbaren Ausgaben und die beeinflussbaren Ausgaben, die sind am wenigsten stark gestiegen und für mich persönlich bedeutet das, wenn die Kurve sich so darstellt, ist es für mich kein strukturelles Defizit. Das nächste, die Entwicklung der Finanz- und Lastenausgleiche, das ist etwas Spezielles. Im Kanton Solothurn gibt es ja steuerkräftige Gemeinden, so wie Dornach und es gibt wenig steuerkräftige Gemeinden. Jetzt ist es so, wenn man alle Gemeinden mit 100% Steuern vergleichen würde, dann hat natürlich Dornach viel mehr Geld, als zum Beispiel eine Gemeinde, die mit 140% schon kaum über die Runde kommt. Und das ist so, das ist Entwicklung. Dornach zahlt zum Beispiel dieses Jahr mehr als 3,4 Mio. Franken an den Kanton und das zahlen wir, ob wir einen Gewinn machen, einen Verlust machen, ob wir tiefe Steuern haben oder hohe Steuern, das zahlen wir einfach dem Kanton. Es wird immer wieder verglichen, was ist denn mit zum Beispiel mit Derendingen, mit Trimbach, mit Oensingen oder mit Balsthal, alles vergleichbare Gemeinden im Kanton Solothurn. Die bekommen alle Geld, weil die eigentlich so von der Steuereinnahme her [recte: Steuerkraft] so schwach sind, dass sie einen Ausgleich bekommen. Da ist zum Beispiel Trimbach, die haben 17 Millionen Steuereinnahmen, Dornach hat 27 Millionen Steuereinnahmen, Dornach zahlt 3,3 Millionen, Trimbach bekommt 5,1 Millionen. Also am Schluss des Tages ist eigentlich der Unterschied zwischen Dornach und Trimbach, was Einnahmen angeht, gar nicht mehr so ein grosser Unterschied. Und die Entwicklung, man sieht es, man hat einmal da mit 1,17 Millionen angefangen, die letzten 10 Jahre ist das um 2,27 Millionen gestiegen.

Eben wenn ich das in Erinnerung rufe: 1 Steuerprozent sind 280'000 Franken, dann kann man sich ausrechnen, wie viele Steuerprozente man allein dafür aufwenden wird, um für den Lastenausgleich zahlen zu können. Die nächste Folie ist genau das gleiche, Petra [Nellestein] hat es angesprochen, eben auch Gesundheit und Soziales steigt natürlich. Das ist etwas, das man abgeben muss. Das sind 2,39 Millionen, die das mehr ausgemacht haben zwischen 2016 bis 2025. Und das sind einfach die Kosten, die nicht beeinflussbar sind, die kommen einfach uns zu. Jetzt haben wir natürlich auch unsere Aufgaben gemacht und auf das wird Daniel Urech eingehen.

Daniel Urech:
Wenn ich noch ganz kurz eine Präzisierung zum Finanz- und Lastenausgleich machen darf. Es richtet sich nicht nach den Steuereinnahmen, die eine Gemeinde macht, wie viel sie zahlen muss, sondern nach der Steuerkraft. Das ist noch eine wichtige Präzisierung unter dem Gesichtspunkt, dass wenn wir mehr Steuereinnahmen hätten aufgrund einer Steuererhöhung, das nicht dazu führt, dass wir mehr in den Finanz- und Lastenausgleich einzahlen müssen.

Was haben wir gemacht, seit das Budget abgelehnt worden ist?

Wir hatten 2 Klausuren des Gemeinderats, 2 Gemeinderatssitzungen haben sich mit dem Budget beschäftigt, unzählige Überstunden. In 4 Schritten oder 4 Bereichen sind 4 Resultate herausgekommen, die ich Ihnen kurz zeigen möchte.

Zum ersten haben wir einfach gewisse Aktualisierungen machen müssen. Man ist drei Monate später unterwegs, als man das erste Budget gemacht hat. Gewisse Sachen haben sich konkretisiert, das weiss man genauer. Selbstverständlich muss man sie im Budget in der entsprechend genaueren Form abbilden und das ist leider nicht nur nach unten gewesen, sondern zum Teil auch nach oben. Der Teuerungsausgleich für die Lehrpersonen beispielsweise, der wird vom Kanton vorgeschrieben, den haben wir neu einbudgetiert. Das sind rund 40'000 Franken mehr. Die Skilager waren teurer, als sie budgetiert waren. Wir mussten eine Software-Migration in den Schulen einbudgetieren, wo sich gezeigt hat, dass die unumgänglich sein wird im 2026. Für das Werkhoffahrzeug muss man Abschreibungen budgetieren, die Miete der Sozialregion ist gestiegen und beim Gestaltungsbeirat hat sich etwas Mehraufwand ergeben. Also das heisst, wir haben leider auch mit Mehraufwand leben müssen und entsprechend haben wir mehr verbessern müssen, als was vorhanden war aus dem Budget.

Wir haben uns am Anfang das Ziel gesetzt, mit einer Budgetüberarbeitung mindestens die 344'000 Franken Defizit wegzukriegen. Denn wir haben gefunden, diese Kritik war besonders laut zu hören, im Abstimmungskampf: eine Steuererhöhung und trotzdem noch ein Defizit budgetieren, das geht gar nicht. Das Ergebnis ist, dass wir eine Budgetverbesserung um 515'000 Franken erreicht haben, was jetzt anstatt zu einem Minus von 350'000 Franken zu einem Plus von 170'000 Franken führt. Wo hat man das gemacht? Wir haben einerseits diverse Positionen im Bereich Exekutive reduziert, wir machen keine externe Klausur, es gibt kein Weihnachtsessen, das die Gemeinde zahlt in diesem Jahr für den Gemeinderat und die Abteilungsleitenden, wir verzichten auf den Bevölkerungsapéro bei der Bundesfeier, wir haben im Personalaufwand einiges reduziert. Das hat mich geschmerzt, die Mittel für Aus- und Weiterbildungen. Das ist etwas, das ich als ganz wichtig anschaue, dass unser Personal sich weiterhin gut weiterbilden kann. Wir haben Mittel für befristete Anstellungen in der Bauverwaltung und für Hochbauprojekte reduziert. Wir haben die Reinigungskosten reduziert. Das ist ein direkter Abbau von Personal. Und wir haben entschieden, dass wir eine Aktualisierung nicht machen, die wir sonst jeweils machen, den Teuerungsausgleich zu gewähren, so wie ihn der Kanton gewährt für das Personal. Weiter haben wir im Sachaufwand bei den Ersatzbeschaffungen für die Hardware reduziert, bei diversen Unterhaltskosten, bei Dienstleistungen Dritter. Wir konnten die Entschädigungen Mandatsträger im Erwachsenen- und Kindesschutz reduzieren. Die Kulturförderbeiträge, die die Kultur- und Freizeitkommission vergeben kann, haben wir reduziert. Wir verzichten darauf, die Webseite, wie es vorgesehen gewesen wäre, neu zu machen. Es wird im 2026, anders als geplant, keinen Ü65-Anlass geben. Das ist immer eine gefreute Sache, eigentlich alle zwei Jahre, wird jetzt nicht stattfinden. Was wir nicht gemacht haben, ist, Streichungen vorzuschlagen, die mit grösseren Anpassungen von Reglementen oder so verbunden gewesen wären, weil das für 2026 nicht mehr realistisch gewesen wäre. Wir waren natürlich unter einem Zeitdruck. Wir müssen heute hier stehen und wir konnten natürlich auch nichts streichen, was in Verträge oder Leistungsvereinbarungen stand, die nicht mehr mit Wirkung auf 2026 gekündigt werden konnten. Das ist, was ich unter dem Titel Squeeze, also auszudrücken, die Überarbeitung, das eigentliche Strählen des Budgets nenne.

Was wir dann aber gefunden haben, wir müssen auch noch weitergehen im Sinne der Transparenz und das ist da, wo es richtig, richtig weh macht, darum das ein bisschen krasse Bild hier. Da haben wir Pakete Leistungsabbau definiert. Es ist Kritik gekommen im Stil von "wir wissen ja gar nicht, was von dem Budget da wirklich beeinflussbar ist, auf was man verzichten dürfte". Wir haben gefunden, wir leisten die Transparenzarbeit und das Ergebnis sind 5 Pakete, die, wenn man sie umsetzen würde, nach Meinung des Gemeinderates – in fast allen Paketen sind wir einstimmig dieser Meinung – wenn man sie umsetzen würde, wäre das ein massiver Schaden für die Gemeinde und für die Qualität der Aufgabenerbringung in unserer Gemeinde. Sie finden die aber hier zusammengestellt. Im Sinne der Transparenz, wenn Sie der Meinung sind, da gibt es etwas, worauf man eigentlich verzichten könnte oder so, dann können Sie heute dank diesen Informationen sehr präzise auch aufstehen und das beantragen, das zur Diskussion zu stellen. Aber wichtig wirklich dazu auch die Aussage vom Gemeinderat, wir sind der Meinung, dass wenn man die Pakete, die insgesamt etwa 800'000 Franken ausmachen an Einsparungen, wenn man die umsetzen würde, dann wäre der Schaden massiv grösser als der finanzielle Nutzen durch die Einsparung von diesen 800'000 Franken. Um was geht es da beispielsweise? Im Bereich Bildung haben wir uns Mühe gegeben,

alles, was freiwillig – quasi über dem gesetzlichen Minimalauftrag – geleistet wird, aufzuzeigen. Da geht es um spezielle Förderung, da geht es um Klassenmanagement-Lektionen, da geht es um das Coaching Berufswahl in der Sekundarschule, die Schliessung des Hallenbads Gwänd wäre da drin, die Schliessung der Bibliothek, verschiedenste Punkte im Bereich Bildung, die natürlich einen massivsten Bildungsabbau in Dornach bedeuten würden. Leistungsabbau Paket Freizeit: da hat man ganz breit angeschaut, was wir alles an Vereine und so leisten, Kulturförderungsbeiträge und so weiter. Sie können das alles in diesem Heftchen hier nachlesen. Der Bereich Veranstaltungen: wir führen eine Bundesfeier durch, wir führen eine Gedenkfeier zur Schlacht bei Dornach durch. Es gibt nach der Gemeindeversammlung, also heute nicht, aber grundsätzlich gibt es einen Apéro. Das wären Sachen, die selbstverständlich nicht gesetzlich vorgeschrieben sind. Es steht nicht in einem Gesetz, man müsse eine Bundesfeier durchführen. Der Gemeinderat ist einstimmig der Meinung, man sollte auf das nicht verzichten. Gewisse Reduktionen haben wir selbstverständlich vorgenommen, das habe ich vorhin ja auch gezeigt. Die Jugendarbeit ist in Dornach nicht reglementarisch oder gesetzlich vorgeschrieben, könnte von dem her theoretisch entfallen. Der Gemeinderat ist einstimmig der Meinung, das sollte man nicht machen, es wäre ein riesiger Schaden. Und der Bereich Sicherheit, Reinigung, Umwelt und Energie, da ist Feuerwehrsold dabei, da sind Aufwendungen im Bereich Neophytenbekämpfung und so weiter dabei. Dort ist der Gemeinderat mit 6 zu 1 Stimme der Meinung, dass man das Paket nicht umsetzen sollte. Wir haben aber gefunden, die Transparenz, die möchten wir aufzeigen, um auch vielleicht den Inhalt von der Debatte her ein bisschen plastischer zu machen, weil was ich immer fordere, ist, dass man auch ein bisschen den Realitätscheck machen muss, was soll denn gespart werden, wenn man sagt, es könnte ja eine ausgeglichene Rechnung erfolgen, ohne dass man überhaupt die Steuern anfasst. Der Gemeinderat ist der Meinung, das ist nicht möglich und darum der vierte Schritt.

Der vierte Schritt, der selbstverständlich zum Budget dazugehört gemäss dem Gesetz, wir müssen den Steuerfuss festlegen. Das macht nicht der Gemeinderat, der Gemeinderat macht einen Antrag dazu, sondern das machen – wie das ganze Budget – Sie als Gemeindeversammlung. Und da sind wir zur Analyse gekommen, wenn wir die Investitionsfähigkeit von Dornach erhalten möchten und im Hinblick auf die Investitionen nicht mit einem Defizit losgehen, sondern eben mit einem positiven Cashflow, dann brauchen wir die 94% und haben die darum heute wieder zur Debatte gestellt und so beantragt. Ja, das ist, was wir gemacht haben und jetzt gebe ich für die detaillierteren Zahlen noch einmal das Wort Fabian Mathiuet.

Fabian Mathiuet:
Wir kommen langsam zum Abschluss der Vorstellung. Hier sieht man einen Überblick, wie sich das Budget 2025 zum Budget 2026 entwickelt und wir haben das Budget November 2025, also das Budget 2026, das wir im November 2025 diskutiert haben, auch noch einmal aufgeführt. Da sieht man mit dem Aufwand gibt es vom 2025 zum 2026 eine Erhöhung. Von diesen 2 Mio. Franken komme ich dann noch im Detail darauf zu, was dort eine Erhöhung ist und im Budget 2025 zum Budget 2026 natürlich beim Betrag ist eine Erhöhung von 4 Mio. Franken etwa drin und das ist natürlich die Steuererhöhung eingerechnet.

Was dieses Jahr natürlich noch speziell erschwert hat: Sie sehen den grossen Pfeil unten bei den ausserordentlichen Ergebnissen [Fabian Mathiuet zeigt auf der PowerPoint-Präsentation auf die betreffende Stelle], auf das möchte ich noch einmal eingehen, es hat ja eine Umstellung gegeben von der Finanzbuchhaltung, also von dem HRM1-System auf das HRM2-System, und dort ist vorgegeben worden ist, dass wir dort eine Wertberechtigung machen können. Die 1,35 Millionen. Das konnte man als Ertrag in den letzten fünf Jahren verbuchen und das fällt jetzt weg. Also die 1,35 Millionen, die stehen dieses Jahr nicht mehr zur Verfügung in der Buchhaltung und aus diesem Grund hat es das Ganze nicht erleichtert, ein ausgeglichenes Budget oder eine ausgeglichene Erfolgsrechnung herstellen zu können.

Der Personalaufwand ist gestiegen um eine halbe Million, dort ist der Ausgleich der Lehrpersonen drin, dort hat es auch bei der Musikschule eine Erweiterung gegeben. Das sind die Sachen, die drin sind.

Bei den Sachaufwänden sind es die Einsparungen, die wir getätigt haben. Daniel [Urech] hat es erwähnt, was wir alles für Einsparungen aus dem Budget herausgenommen haben aus der Erfolgsrechnung.

Dann der Transferaufwand. Das sind auch die Sachen, die ich vorhin erklärt habe mit den nicht beeinflussbaren Kosten.

Wie gesagt, der Wegfall der Neubewertungsreserve, das hat auch noch einmal 1,3 Mio. Franken ausgemacht, hat als Ertrag nicht mehr verbucht werden können.

Hier der Fiskalertrag [er verweist auf die PowerPoint-Präsentation]: nicht täuschen lassen. Das Minus, das ist eigentlich ein Plus, es sind 2,1 Mio. Franken mehr Steuerertrag, aber wenn man es natürlich auf der Aufwandseite anschaut, dann muss man es als Minus verrechnen. Also das wären Plus 2,1 Millionen Steuern und nicht Minus, nicht erschrecken.

Wie gesagt, man sieht es eigentlich: der ganze Kanton Solothurn steht ganz ganz anders da als Dornach. Der durchschnittliche Steuerfuss im Kanton Solothurn ist 118%. Man stellt sich das einmal vor, 30% mehr als wir hier in Dornach Steuern zahlen oder als Steuerfuss, was im Moment die Tatsache ist. Wegen dem sage ich auch, unser Handlungsspielraum ist vorhanden, auch wenn man jetzt auf die 94% hinaufgeht. Dornach ist dann immer noch unter den Top 5 oder unter den Top 10 des Kantons Solothurn.

Was macht das in meinem Portemonnaie aus? Die Finanzverwaltung hat das einmal ausgerechnet, wenn man jetzt von 88% auf die 94% geht, dann bedeutet das für 50% der Steuerpflichtigen, die Menschen, die Steuern zahlen, 0 bis 200 Franken mehr Abgaben, für 25%, eben ein Viertel der Steuerzahlenden, bedeutet das 200 bis 400 Franken mehr Steuern und dann für die, die dann mehr verdienen, die müssen etwas mehr abgeben, 400 bis 800 und eigentlich von den 10% finanzkräftigsten Personen, die müssen dann mehr als 800 Franken mehr Steuern zahlen. Also es ist wieder ein klassischer Effekt, die einzelnen, also viele müssen wenig zahlen, aber natürlich die Summen sind natürlich dann mehr Steuern, die wir zur Verfügung haben. Gut, dass man sich das einmal auch vor Augen führen kann, was es bedeutet, wenn wir von 88% auf 94% eine Steuererhöhung machen. Jetzt muss sich jede Person natürlich selber auf dieser Grafik finden.

Der Gemeinderat hat die Beschlüsse, also das Budget mit einer Mehrheit von 5 zu 2 zuhanden der Gemeindeversammlung verabschiedet. Wir haben das, was auch Daniel [Urech] gesagt hat, auch die ganzen Beschlüsse betreffend die Pakete Leistungsabbau, die wurden mehrheitlich einstimmig abgelehnt, dass man den Leistungsabbau machen soll, ausser bei der Sicherheit, Reinigung und Umwelt, das war es 6 zu 1, aber immer noch eine Mehrheit. Und auch in der Finanzkommission war es so – die Finanzkommission setzt sich aus allen Parteien zusammen – und dort war es eine Einstimmigkeit, dass man das Budget, wie man es jetzt vorlegt, annehmen soll.

Daniel Urech:
Ja, das wäre die Berichterstattung seitens des Gemeinderates. Ich möchte noch auf eine kleine Geschichte eingehen, was passiert, wenn das Budget von der GV zurückgewiesen oder abgelehnt wird heute Abend oder wenn es, was wir nicht hoffen, noch einmal eine Urnenabstimmung geben sollte und dort noch einmal abgelehnt werden sollte, dann wäre die Handlungsfähigkeit in Bezug auf das Budget für dieses Jahr fertig für die Gemeinde Dornach und das macht es zu einer etwas speziellen Situation, dann würde nämlich der Regierungsrat im Rahmen von seiner Aufsichtskompetenz gegenüber den Gemeinden einschreiten. Wie läuft das ab?

Der Gemeinderat müsste dann an den Regierungsrat einen Antrag stellen, was für ein Budget man in Dornach erlassen soll und dann würde der Regierungsrat den Gemeinderat anhören, er würde sich auch von der Gemeindeversammlung von heute das Protokoll geben lassen und würde nachher ein Budget festlegen für Dornach. Einfach, dass das klar ist. Wir dürften auch mit einer erklecklichen Summe für eine

Gebührenrechnung für das Verfahren nachher rechnen, die wir nicht beeinflussen können. Der Stundensatz, den das Amt für Gemeinden dort zur Anwendung bringen kann, sind 170 Franken pro Stunde.

Einfach, dass es klar ist, was die Folgen wären, wenn wir das heute nicht schaffen würden, ein Budget zu verabschieden. Die Anträge, die sind aufgeführt in den Unterlagen, über die können wir in der Detailberatung auch zu jedem Punkt natürlich diskutieren. Wir werden in der Detailberatung auch durch das ganze Budget durchgehen, Sie können zu jeder Position Anträge stellen oder Fragen und am Schluss wird es eine Schlussabstimmung geben.

Wird das Wort verlangt zum Eintreten auf das Budget?

Michael Köhn:
Sehr geehrter Herr Gemeindepräsident, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, geschätzte Anwesende, ich habe zwei Sachen gelernt. Es gibt keinen Applaus für mich nachher, das kann ich akzeptieren. Und das zweite ist, nach einer Stunde und 35 Minuten sind wir dort, wo wir eigentlich schon, ich sage jetzt nach 10 Minuten, hätten sein sollen, aber ist so. Man hält die ganze Nacht aus, wenn es sein muss.

Ich beantrage im Namen der Gruppe Dornach 21, das Budget 2026 zurückzuweisen, nicht weil einzelne Zahlen falsch sind, sondern weil der Entscheid der Bevölkerung nicht umgesetzt worden ist. Am 18. Januar haben 1'908 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das Budget abgelehnt mit rund 56% Nein-Stimmen. Das ist ein klarer Entscheid, das heisst, es haben mehr als 6-mal so viele Menschen abgestimmt wie an einer normalen Gemeindeversammlung und rund etwa 5-mal so viele, wie heute Abend hier sind.

Das ist der Souverän und der Entscheid verdient Respekt. Auf heute ist das Budget überarbeitet worden, aber im Kern ist es immer noch gleich geblieben. Strukturelles Defizit, geplante Steuererhöhungen und strukturelle Kosten. Ein zentraler Punkt ist der Stellenplan. In den letzten Jahren sind – ohne Lehrpersonen – 24 zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen worden. Das ist eine massive Ausweitung, die ja auch auf die Lohnkosten logischerweise Folgen hat, aber auf vieles mehr eben auch noch auf die ganzen Aufgaben. Und es geht jetzt nicht darum, ob es gute Leute sind, ob sie einen guten Job machen oder nicht, sondern es geht darum. Brauchen wir so viel, was machen sie? Und der Stellenplan gibt einen Rahmen vor für den Gemeinderat, aber es ist ein Rahmen, der ist nach oben gedeckelt und man muss ihn nicht ausnutzen. Auch hier, man hat Spielraum und gerade in einer solchen Situation braucht es Prioritäten und auch unbequeme Entscheide. Ich habe mir die Unterlagen zu diesen Sparmassnahmen auch angeschaut, schon vorgängig und ehrlich gesagt, ich verstand es nicht. Es gibt viele Vorschläge und fast überall steht am Schluss, würde nicht empfohlen, Armutszeugnis und was weiss ich alles noch. Das heisst am Schluss bleibt fast nichts übrig. Das ist kein Sparprogramm. Das ist eine Begründung von einer Mehrheit vom Gemeinderat, warum man nicht sparen kann und genau das erwartet die Mehrheit der Bevölkerung eben nicht. Und genau hier liegt das Problem, denn im Privaten funktioniert das auch nicht. Man kann sich nicht einfach etwas leisten, wenn man kein Geld hat oder wenn man es gerne hätte, aber man kann es sich nicht leisten. Auch das geht nicht. Es wäre zwar schön, aber man muss Prioritäten setzen und manchmal muss man auch verzichten, denn im Privaten bringt auch "hätten, würden, könnten" am Schluss nicht viel. Verzichten tut weh, aber es ist notwendig.

Und wenn ich das Handlungsfeld von vorher sehe. "Stabilisierung der Finanzen", absolut einverstanden. Die Frage ist doch, von welcher Seite kommen wir? Wir kommen jetzt nur von der Steuerseite und wir kommen nicht von der Ausgabenseite.

Und etwas ist mir auch noch wichtig, es ist nicht die Aufgabe des Saals heute Abend, einzelne Sparmassnahmen im Detail zu diskutieren. Sparen ist eine Aufgabe der Exekutive. Der Auftrag war klar. Heute mit mehreren 100 Personen einzelne Positionen durchzudiskutieren, das führt, das kann ich jetzt schon sagen, logischerweise zu keiner Lösung. Im Gegenteil, es entsteht dann der Eindruck, man wollte, aber es ist halt

nicht gegangen. Und das kann natürlich ein Teil der Strategie sein. Und es passt ins Bild, wenn ein Gemeinderat schon während der letzten Gemeindeversammlung öffentlich hier drin sagt, "ihr könnt das Budget ablehnen, wir bringen es einfach wieder genau gleich". Und da sind wir jetzt beim Thema, es geht eben nicht nur um die Zahlen, es geht auch um den politischen Stil. Ein Beispiel ist die Diskussion rund um den Weihnachtsbaum oder auch die notwendigen Reparaturarbeiten. Statt eine einfache pragmatische Lösung zu finden, diskutiert man über gebundene oder ungebundene Ausgaben. Ja, man hat sich sogar dahinter versteckt, statt einfach eine Lösung zu finden. Das wirkt nicht wie Verantwortung, sondern wie Ausweichen. Rückweisen ist darum kein Blockieren, rückweisen ist ein klares Signal, so nicht. Ein Signal, den Volksentscheid ernst zu nehmen, zu respektieren, das Budget wirklich zu überarbeiten und strukturelle Themen anzugehen. Und wenn das der Gemeinderat nicht versteht, bin ich sicher, das Signal, wenn dann das Protokoll nachgelesen wird, versteht der Regierungsrat in Solothurn, denn mehr oder weniger noch einmal das Gleiche vorzulegen, ist keine überzeugende Antwort auf ein klares Nein vom 18. Januar. Darum: rückweisen. Merci vielmals.

Ramon Glatz:
Guten Abend miteinander. Seit der Urnenablehnung des Budgets vor 2 Monaten ist viel passiert. Die Verwaltung hat gearbeitet, der Gemeinderat hat gearbeitet und ihr könnt mir glauben, sie haben viel gearbeitet und dafür habt ihr zuerst einmal ein grosses Dankeschön verdient.

[Applaus]

Daniel Urech:
Es ist mir eigentlich wirklich ernst, dass wir auf den Applaus verzichten. Danke schön.

Ramon Glatz:
Das Resultat dieser Arbeit, das kann man unterschiedlich bewerten. Das passt nicht allen. Das ist Demokratie. Deshalb sind wir heute Abend hier, um uns mit dem Resultat auseinandersetzen und darüber abzustimmen. Ich plädiere sehr dafür, einzutreten auf das Budget. Die Zahlen liegen auf dem Tisch. Wir haben es in diesen Leistungsabbaupaketen ausgewiesen, jeder, jede kann selber für sich entscheiden, wo soll gespart werden in dieser Gemeinde. Dafür sind wir heute Abend hierhergekommen und nicht, um das Budget dem Regierungsrat zu überweisen, sondern um heute zusammen über das Budget zu entscheiden. Und ich möchte Sie noch um etwas bitten, wenn Sie jetzt an das Budget denken, wenn wir über das Budget reden, denken Sie beim Stichwort Attraktivität an das, was Ihnen an Dornach lieb und teuer ist und das sind in meinem Fall nicht nur die Steuern. Vielen Dank.

Walter Lötscher:
Ich bin seit 24 Jahren Friedensrichter hier in der Dornach. Und in dieser Funktion ist mir der Frieden und ein gutes Miteinander in dieser Gemeinde besonders wichtig und ich nehme das Wort das erste Mal an einer Gemeindeversammlung als Friedensrichter und zwar wegen der Debatte um das Budget und um die Steuererhöhung: da sehe ich den Frieden und ein konstruktives Miteinander sehr gefährdet. Kürzlich hatte ich die Gelegenheit, an der GV des Solothurner Friedensrichterverbandes mit Friedensrichterinnen und Friedensrichtern aus der Gemeinde Solothurn zu reden und eine Gemeinde hat mich besonders beeindruckt. Das ist eine kleinere Gemeinde als Dornach, hat einen Steuerfuss von 138% und die haben vor ein paar Jahren Parteien abgeschafft. Sie macht als fünfköpfiger Gemeinderat Sachpolitik. Das würde mir für Dornach auch gut gefallen. Ich bin überzeugt, dass der Frieden und ein konstruktives Miteinander das höhere Gut ist als Geld. Es lohnt sich nicht wegen ein paar Franken mehr Steuern für jeden von uns so ein Zerwürfnis zu machen, wie es jetzt stattfindet.

Viele Falschinformationen der letzten Wochen haben mich auch zudem aufhorchen lassen. Um was geht es denn wirklich? Ganz sicher nicht um konstruktive Sachpolitik. Die Notwendigkeit einer Steuererhöhung ist mit genügend stichhaltigen Argumenten begründet worden und wir können uns auch eine Steuererhö-

hung leisten, ein jeder von uns. Der Streit um das Budget und um die Steuererhöhung kostet so viel Ressourcen und Energie, vor allem auch mentale und emotionale Energie und da sehe ich eigentlich das dringendste Sparpotenzial für unsere Gemeinde. Mein Appell als Friedensrichter an alle Einwohnerinnen und Einwohner von Dornach und vor allem an alle Parteien: kommen wir zurück zu einer konstruktiven Sachpolitik, streben wir eine Wertschätzung miteinander an, damit wir gut leben können in dieser Gemeinde. Ich bin für Eintreten und dass wir miteinander einen Schritt vorwärts machen.

Martina Hasler:
Geschätzte Anwesende, durch die Kommissionsarbeit in der Bildungskommission und der Schulraumplanungskommission bin ich häufig in Kontakt mit der Gemeindeverwaltung. Der budgetlose Zustand war kein kostenloser Denkzettel, sondern ein massiver Ressourcenfresser. Unzählige Arbeitsstunden sind ins Krisenmanagement geflossen, in Umplanungen, in die Überarbeitung des Budgets und die Bewältigung der Anfeindungen der Mitarbeitenden. Zeit, die für andere und wichtige Aufgaben und Projekte gefehlt haben. Rechnet man den administrativen Mehraufwand der letzten vier Monate gegen die jetzigen Einsparungen für das Budget 2.0 auf, bleibt unter dem Strich nicht mehr so viel Gewinn. Was bleibt aber, ist der soziale Schaden. Wir haben Streit und Misstrauen in der Gemeinde und eine gut funktionierende Verwaltung demotiviert, ohne einen echten Mehrwert zu ernten. Ab Sommer fängt schon der neue Budgetprozess an für das Jahr 2027. Dort ist erneut Platz für Debatte und für allfälligen Leistungsverzicht, aber fundiert und auch mit Abklärungen der langfristigen Folgen der Entscheide, die man trifft. Ersparen wir Dornach weitere Monate des Stillstands oder dass wir in eine Fremdverwaltung müssen und treten darauf ein. Vielen Dank.

Stephan Richiger:
Also, was wir hier hören, hat so unterschiedliche Aspekte. Ich stelle eines fest, ich lebe seit 2011 in dieser Gemeinde und wir sehen eine Fehlplanung nach dem anderen. Sachen, die man nicht priorisiert von unserem Gemeinderat her oder von einem Grossteil davon, wo man Millionen versucht für Sachen auszugeben, die nicht zwingend notwendig sind. Hätten wir also die letzten 10 Jahre nicht geschlafen und trotz massiv mehr Steuereinnahmen deutlich höhere Ausgaben gehabt und Millionen von Reserven in dieser Gemeinde aufgebraucht, ist das die Leistung von unserem Gemeinderat?

Da habe ich mehr als grosse Fragezeichen und heute Abend haben wir den Herrn Urech gehört. Ja, wir werden darüber schauen bezüglich des Budgets. Das haben wir schon gesehen für die Apfelseeunterführung, die ganz klar abgelehnt worden ist. Offensichtlich hat ein grosser Teil hier in dem Gemeinderat kein demokratisch klares Verständnis. Wir haben dreimal ganz klar gesagt, keine Steuererhöhung, dass wir heute hier überhaupt wieder über die Steuererhöhung diskutieren, ist in meinen Augen ein Skandal.

Und ich bitte euch, nehmt die entsprechende Konsequenz. Beratungen haben wir massenweise für alle Sachen, aber eine Beratung, damit man das Budget mal in den Griff bekommt, da hat man lieber gespart. Irgendetwas läuft in dieser Gemeinde leider ganz gewaltig falsch und es ist schade, müssen wir das diskutieren. Und ich glaube, der einzige brauchbare Ausweg ist, dass mal extern jemand kontrolliert, sprich das Budget ablehnen, an der Urne Nein stimmen und dann wird hier vielleicht mal richtig kontrolliert und vielleicht ein paar Sachen aufgedeckt, die hier nicht gut sind. Vielen Dank und einen schönen Abend.

Roland Müller:
Roland Müller, Präsident der Finanzkommission, aber auch Kommissionspräsident, aber der hat auch eine eigene Meinung. Also ich kann nicht für die Kommission ausschliesslich reden, aber ich will doch sagen, die Finanzkommission hat das Budget einstimmig – so wie der Gemeinderat das vorgelegt hat - gutgeheissen mit diesen 94% Steuern und in dieser Finanzkommission ist jetzt also nicht eine links-grüne Mehrheit, ausser dem Sprechenden ist der Ludwig Binkert von der FDP, der Hans-Ruedi Tschudin von der SVP und der Simon Mugier von den Grünen dabei. Ich kann da keine Mehrheit erkennen, ich habe nicht einen Stichentscheid fällen müssen, sondern die Kommission ist nach eingehender Prüfung zum Schluss gekommen, dass das Budget so richtig ist.

Herr Köhn hat vorhin eine Zahl genannt von neuen Mitarbeitern. Es ist wieder eine Desinformation, die hier stattfindet, nämlich, er hat unterschlagen, dass die Zunahme dieser Mitarbeiter auf die Sozialregion zurückzuführen ist, einerseits, und andererseits hat man zum Beispiel das Personal, das putzt, neu bei der Gemeinde angestellt. Das sind 2,3 Stellen, die man in den letzten Jahren offiziell als Angestellte bezeichnet hat. Es kommt dazu, dass es ja nicht so ist, dass der Gemeinderat heimlich irgendwelche Leute anstellt. Alle diese Stellen werden hier drin beschlossen. Alle diese Stellen sind hier drin mal demokratisch beschlossen worden. Die Leute, die sich auf Demokratie berufen, sollten das vielleicht auch einmal zur Kenntnis nehmen. Und auch Demokratie ist: der Stellenplan ist letztes Jahr im November hier drin mit grossem Mehr mit wenigen Gegenstimmen beschlossen worden. Der Antrag auf Reduktion der Stellen ist abgelehnt worden. Es wird wieder thematisiert, wir hätten zu viele Angestellte in dieser Gemeinde. Der Antrag ist gescheitert, der das letzte Mal gestellt worden ist und das müssen auch die Gegner dieses Budgets zur Kenntnis nehmen. Etwas weiteres, nämlich, es ist auch vorhin von Herrn Köhn gesagt worden, es ist die Aufgabe des Gemeinderates zu sparen. Wir könnten keine Vorschläge machen. Ich muss mich wiederholen: Ich glaube, das habe ich schon an drei Gemeindeversammlungen in der Vergangenheit gesagt. Das Budget wird hier diskutiert und jeder kann die 800 Positionen, die es in dem Budget hat, sehen. Der Gemeinderat ist während 7 Stunden in einer Klausur, an der ich auch dabei gewesen bin, jede Position durchgegangen mit der Frage, kann man da etwas sparen. Man hat teilweise 200 Franken gestrichen, man streicht den Ü65-Anlass. Die Gegner dieses Budgets verschanzen sich immer dahinter, dass der Gemeinderat sparen müsse. Der Gemeinderat hat jetzt die Abbauprojekte vorgestellt. Es gibt keine Meinungsäusserung der Gegner dieses Budgets, was anders man denn einsparen soll.

Wie wollen Sie denn 1,5 Mio. Franken sparen? Es werden einfach allgemeine Forderungen gestellt, man müsse sparen, aber kein konkreter Vorschlag: Schwimmhallen zumachen, Glungge zumachen, etc. Man muss den Mut haben, auch der Bevölkerung dann zu sagen, ich bin hier schuld gewesen, dass wir das abgebaut haben und nicht sagen, ja, der Gemeinderat hat nicht wollen. Das ist die Verantwortung, die jeder, der hier drin ist, übernehmen muss. Man kann das nicht einfach abschieben an den Gemeinderat. Und es kommt dazu, Fabian Mathiuet hat es vorhin gesagt, wir haben nicht ein strukturelles Defizit. Der Begriff ist für Dornach falsch. Wir haben eine hervorragende Finanzlage, wir haben einfach schlicht zu tiefe Steuern. Das ist das Problem. Man hätte in der Vergangenheit die Steuern gar nicht senken sollen, sondern auf dem Niveau bleiben, das wir hatten. Wir sind immer noch Spitzenreiter. Und der Vergleich mit anderen Gemeinden, das ist schwierig. Jede Gemeinde hat eine andere Struktur. Man hat gesehen, laut Leserbrief, es hinkt ziemlich. Haben Sie den Mut und treten Sie ein auf das Budget und dann gehen wir jeden Punkt durch und dann können Sie Anträge stellen, was Sie denn da alles noch streichen wollen. Merci.

[Applaus]

Daniel Urech:
Also weiterhin wäre ich dankbar, wir würden nicht zu viel applaudieren und wir gehen weiter.

Yvonne Heertsch:
Ich bin in Dornach aufgewachsen, bin hier in die Schule und lebe hier. Ich stelle einfach fest, dass schon beim letzten Gemeindepräsidenten die ganze Zeit irgendwie herumgemosert wurde: Parteien, Leserbriefe, jetzt ist es der neue Gemeindepräsident und ich frage mich, was ist denn das? Muss wieder ein FDPler ran, damit es besser wird? Ich mache mir Sorgen um das politische Klima. Danke.

Daniel Urech:
Also, ich würde gerne auf zwei, drei Sachen noch eingehen, ausser es gibt gerade noch wichtige Voten im Moment.

Einerseits einmal noch zu diesen 24 angeblichen Vollzeitstellen, die da aufgebaut worden seien. Also das ist eine Zahl, die so nicht stimmt.

Seit 2021 habe ich es relativ gut im Überblick. Dort sind wir mit zum Teil kleinen Pensen, aber ganz wichtigen hier vor der Gemeindeversammlung gewesen. Wir haben im Bereich der Verwaltungsleitung, vom Stab, von der Bauverwaltung etwas aufgestockt. Insgesamt sind das 2,9 Stellenprozent gewesen und wir haben 6,6 Full-Time-Äquivalent, nicht Stellenprozente selbstverständlich, haben wir in der Sozialregion aufgebaut seit 2021. Das hat sich insbesondere durch den Fallanstieg ergeben. Ihr erinnert euch jeweils an die Erläuterungen von Daniel Müller dazu unter den entsprechenden Stellenplanänderungen. Ich möchte aber nicht die Diskussion gigantisch aufmachen, weil tatsächlich haben wir ja den Stellenplan hier drin schon abschliessend behandelt.

Es führt kein Weg daran vorbei, dass wenn man sagt, man sollte 1,5 Mio. Franken sparen können, dass man auch sagen müsste, wo man sich das dann vorstellt. Der Gemeinderat hat sich intensiv damit beschäftigt. Er legt Ihnen heute seine Analysen vor in der Form von diesem Budget und in der Form von diesen Leistungsabbaupaketen, so transparent wie noch nie. Ich würde sagen, und Sie sind alle herzlich eingeladen, sich zu beteiligen, das ist die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung, dass wenn Sie der Meinung sind, der Gemeinderat macht es falsch, das auch zu korrigieren und zwar nicht nur auf der allgemeinen, sondern auch auf der ganz speziellen Ebene.

In dem Sinn würde ich sagen, tun wir jetzt nicht die Arbeit nach Solothurn verschieben, sondern machen wir die Arbeit, die für uns vorgesehen ist im Gemeindegesetz und in der Gemeindeordnung.

Wenn es keine weiteren Voten mehr gibt, würde ich vorschlagen, dass wir abstimmen über den Rückweisungsantrag. Ich stelle keine weiteren Voten fest und würde sagen, wer den Rückweisungsantrag unterstützen möchte von Herrn Köhn, der soll das zeigen mit Erheben der Stimmkarte.

Wer den Rückweisungsantrag ablehnen möchte, soll es zeigen mit Erheben der Stimmkarte.

Gibt es Enthaltungen zum Rückweisungsantrag? Ich sehe etwa 5.

RÜCKWEISUNGSANTRAG KÖHN
(132:274 bei vereinzelten Enthaltungen)
://: Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt.

Daniel Urech:
Das heisst, wir treten auf das Geschäft ein.

DETAILBERATUNG

Daniel Urech:
Damit würden wir zur Detailberatung kommen und was ich hier mache, ist, dass ich in diesem Heft durchgehen werde, zuerst durch die Erfolgsrechnung und nachher durch die Investitionsrechnung. Wir fangen bei der funktionalen Gliederung an auf der Seite 13. Es geht ja um die funktionale Gliederung der Erfolgsrechnung, die klarer und nach Bereich strukturiert ist. Seite 13, da ist Legislative und Exekutive. Seite 14.

Marcel Boppart:
Marcel Boppart, parteilos. Sehr geehrter Gemeindepräsident, sehr geehrter Gemeinderat, geschätzte Anwesende. Ich weiss nicht, ob ich es jetzt im richtigen Augenblick bringe, aber ich will nicht zu spät sein mit meinem Antrag, den ich stelle. Ich beantrage den Teuerungsausgleich von 0,6% für das Jahr 2026 für das Gemeindepersonal. Vor 4 Jahren hier an der Gemeindeversammlung am 30.11.2022 betreffend Budget 2023 hat der Gemeinderat argumentiert und die Gemeindeversammlung hat zugestimmt, dass der damals bereits budgetierte Teuerungsausgleich für das Gemeindepersonal von 2% auf 1,5% gekürzt wird. Und das, weil der Solothurner Regierungsrat für das Staatspersonal und die Lehrkräfte, wie wir es vorhin auch

gehört haben, den Teuerungsausgleich tiefer angesetzt hat. Der Gemeinderat hat damals auch argumentiert, es ist nicht richtig, wenn in der Gemeinde ein ungleicher Teuerungsausgleich zwischen den Lehrkräften und dem Gemeindepersonal ist. Die Gemeinden müssen sich am Kanton orientieren. Gleichbehandlung ist Praxis seit jeher. Jetzt, dieses Jahr, ist es aber umgekehrt. Der Solothurner Regierungsrat hat einen Teuerungsausgleich von 0,6% für das Staatspersonal und für die Lehrkräfte, die von den Gemeinden bezahlt werden. Wir haben das heute Abend gehört. Die Gemeinde ist daran gebunden und muss das zahlen. Es ist jetzt nur folgerichtig, wenn nun der Ausgleich für die Lehrkräfte, ich mag ihnen diesen Teuerungsausgleich selbstverständlich gönnen, und dem Gemeindepersonal somit auch auf die gleiche Stufe gesetzt wird, das heisst, sich die Gemeinde am Kanton orientiert und somit wieder gleichbehandelt ist. Ich erlebe die Arbeit des Gemeindepersonals als gut, fachkundig und kompetent. Zudem bezahle ich gerne Steuern für diese Leistung. Erwähnen möchte ich hier noch, dass der Steuerfuss, als ich 1982 nach Dornach gekommen bin, 110% war. Bei jeder Senkung seit dann habe ich mit Ja gestimmt, in der Hoffnung, dass wenn wir es dann einmal brauchen, dass wir dann auch zustimmen, dass die Steuern wieder hinaufgehen. Ich stelle den Antrag, den Teuerungsausgleich für das Gemeindepersonal mit dem Staatspersonal und den Lehrkräften gleichzustellen und den Teuerungsausgleich von 0,6% dem Gemeindepersonal für das Jahr 2026 zu sprechen. Mit dem Gemeindepersonal, so wie ich in diesen Broschüren gelesen habe, ist anscheinend das Verwaltungs- und Betriebspersonal gemeint.

Daniel Urech:
Also ich sage gerne kurz etwas zu dem Entscheid des Gemeinderates und wieso ich den Antrag zur Ablehnung empfehle, auch wenn es mir unter dem Gesichtspunkt weh macht, dass es immer schwierig ist, wenn das Personal vom Chef hört, warum es nicht mehr Lohn geben soll. Aber der Gemeinderat hat es sich gut überlegt und hat zweimal über die Frage abgestimmt, ob das richtig wäre. Wir haben uns dagegen entschieden.

Die finanziellen Folgen des Antrags wären 51'000 Franken, das vielleicht noch zur Klärung, plus die Sozialversicherungskosten, also rund 60'000 Franken schlussendlich insgesamt. Wir sind der Meinung, dass der Aspekt der Gleichbehandlung ein wichtiger ist, aber dass in diesem Jahr, wo die finanzielle Lage so ist, dass wir von der Bevölkerung eine Steuererhöhung beantragen müssen, es auch als Zeichen wichtig ist, dass auf der Seite des Personals ebenfalls Opfer erfolgen. Das ist einerseits durch die Weiterbildungskosten, die wir reduziert haben, aber andererseits auch durch den Verzicht auf den Teuerungsausgleich in diesem Jahr; und das auch vor dem Hintergrund, dass laut gefordert worden ist, Stellen zu streichen. Diese lauten Forderungen hat der Gemeinderat nur in Bezug auf das Reinigungspersonal zu einem Teil erfüllt, aber in Bezug auf den verabschiedeten Stellenplan nicht. Wir haben darauf verzichtet, im Stellenplan eine Änderung zu beantragen und unter dem Gesichtspunkt schauen wir es als vertretbar an, dass man in diesem Jahr auf den Teuerungsausgleich verzichtet. Darum möchte ich Ihnen beliebt machen, den Antrag nicht anzunehmen.

Selbstverständlich ist das Wort frei.

Das scheint nicht der Bedarf zu sein, dann würden wir über den Antrag abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, der soll das zeigen mit Erheben der Stimmkarte. Gegenstimmen?

ÄNDERUNGSANTRAG BOPPART
(mit sehr deutlichem Mehr)
://: Der Antrag, auch dem Verwaltungs- und Betriebspersonal eine Teuerungszulage von 0.6% zuzusprechen, wird abgelehnt.

Daniel Urech:
Wir würden weitergehen ab der Seite 13, Seite 14, Seite 15, Seite 16, Seite 17, 18, Seite 19, Seite 20, 21, 22, Seite 23, Seite 24, Seite 25, 26, Seite 27, 28, Seite 29, 30, 31, 32, 33, Seite 34, 35, Seite 36, Seite 37,

38, 39, 40, Seite 41, 42, 43, 44, Seite 45, Seite 46, 47, 48, 49, 50, 51 und 52. Damit wären wir durch die Erfolgsrechnung durch.

Bitte ja, Andreas Burckhardt.

Möchtest du einen Antrag zum Steuersatz stellen?

Andreas Burckhardt:
Ich habe zwei Sachen: erstens einmal Herr Präsident, meine Damen und Herren Gemeinderäte, liebe Anwesende, erstens einmal haben wir jetzt angefangen auf der Seite 13. Vorne dran ist der Ertrag. Und wenn man das Budget durchgeht, müsste man eigentlich auch die Ertragsseite durchdiskutieren. Ich schlage darum vor, Herr Gemeindepräsident, dass wir das noch nachholen. Dort kommen wir dann auch zur Frage vom Steuerfuss und korrekterweise müsste eigentlich der Steuerfuss zuerst abgestimmt werden. Darum wäre es auch logisch, wir würden zuerst diskutieren, weil dort der massgebend Teil der Ertragsrechnung ist, wo wir nachher festlegen, was zur Verfügung steht. Wenn ich zu Hause etwas ausgebe, schaue ich zuerst, wie viel ich im Portemonnaie habe und ich glaube, das wäre auch für die Gemeinde der richtige Weg. Darum beantrage ich, dass wir spätestens, jetzt haben wir es anders gemacht, aber dass wir die Diskussion noch nachholen und dann spätestens dann, wenn wir in die Abstimmungsrunde kommen, dass wir zuerst über den Steuerfuss einen Beschluss fassen, das ist dann ein Ordnungsantrag und ich stelle den Antrag, dass man es anders macht, als der Gemeinderat sagt, weil es logisch ist und dass man nachher das Budget dann genehmigt. Im Übrigen kann ich auch jetzt schon sagen, ich bin der Meinung, der Steuerfuss hat eine derartige Bedeutung, dass man müsste, wenn er nicht geändert wird, sondern der Gemeinderat an seinem Antrag festhält und die Gemeindeversammlung das beschliesst, in Respekt vor der demokratischen Abstimmung vom Souverän noch einmal eine Urnenabstimmung machen und ich würde dann den entsprechenden Antrag stellen, wenn ich ihn nicht jetzt schon gerade deponiere.

Daniel Urech:
Ich nehme das als einen Eventualantrag für den Fall, dass sich der Steuerfuss ändert.

Andreas Burckhardt:
Dass er so bleibt, wie er ist.

Daniel Urech:
Ja eben, dass er sich ändert gegenüber den 88%.

Also, ich glaube, es gibt ein kleines Missverständnis in Bezug auf die Seiten 5 bis 12. Was wir auf der Seite 5 bis 12 vom Dokument haben, ist die sogenannte Sachgruppengliederung und es hat nichts damit zu tun, ob Ertrag oder Aufwand. Wir gehen praxisgemäss durch die funktionale Gliederung, weil es dort nach den verschiedenen Bereichen aufgeteilt ist und jeden Franken Ertrag, den du in der Sachgruppengliederung findest, findest du auch in der funktionalen Gliederung. Konkret den grössten Teil von diesen Erträgen, den haben wir auf der Seite 48, 49 gehabt, dort sind nämlich die Steuereinnahmen verbucht respektive aufgeführt. Also von dem her, wir haben nicht irgendwie etwas verpasst, aber wenn jemand eine Frage hat zu einzelnen Sachgruppen, dann kann er selbstverständlich die auch noch stellen. Für Anträge eignet sich die Sachgruppengliederung nicht, weil das ein Mischmasch von Spezialfinanzierungen und der ordentlichen Erfolgsrechnung und so weiter ist, darum würde ich Anträge zu der Sachgruppengliederung zu diesen Konten, wie sie dort aufgeführt sind, nicht zulassen, sondern würde darauf bestehen, dass man die Anträge in Bezug auf die funktionale Gliederung ab der Seite 13 stellen würde. Aber über den Steuerfuss kann man selbstverständlich reden, ich hätte das dann zur Debatte gestellt, wenn wir bei der entsprechenden Beschlussesziffer sind und die Schuhnummern über die wir reden, die hat Fabian Mathiuet schon genannt, das sind 280'000 Franken pro Steuerprozent, die es dann auf den Ertrag ausmacht. Ist das in Ordnung, dass wir so verfahren oder so weiterfahren, weil für den Ordnungsantrag jetzt zuerst über den Steuerfuss zu reden, sind wir eigentlich jetzt 48 Seiten zu spät.

Gut, ich nehme dies so zur Kenntnis, also im Sinne, dass es in Ordnung ist, dass wir jetzt nicht noch über einen Ordnungsantrag abstimmen.

Gut, dann eine Frage, ob es noch irgendein Rückkommen auf etwas aus der Erfolgsrechnung gibt. Den Steuerfuss behandeln wir dann selbstverständlich noch bei den Beschlussesziffern.

Dann würden wir jetzt zu der Investitionsrechnung gehen. Die haben wir dann ab der Seite 58. Das sind die Investitionen, das heisst die Ausgaben, die aktiviert werden, die eben in dem Sinn nicht erfolgsrechnungsrelevante Ausgaben sind respektive die nur nachher im Rahmen der Abschreibungen erfolgsrechnungsrelevant werden, sobald sie fertiggestellt sind. Da haben wir die Seite 58, Seite 59, Seite 60, 61, Seite 62, Seite 63, 64 und 65. Gibt es noch ein Rückkommen oder irgendeinen Änderungsantrag zu der Investitionsrechnung?

Das ist nicht der Fall. Dann sind wir durch die Beschlussesziffern insofern durch, ausser soweit sie noch den Steuerfuss betreffen und würden zu der nächsten Beschlussesziffer kommen. Das ist dann die Ziffer 2, die Investitionsrechnung. Dann haben wir die Ziffer 3, Spezialfinanzierungen, das sind die Zahlen aus den Spezialfinanzierungen, die sind integriert gewesen in die Erfolgsrechnung, aber die werden separat ausgewiesen. Dann haben wir die Ziffer 4, der Steuerfuss und da habe ich gehört, gäbe es Anträge.

Ich muss mich korrigieren, es sind 285'000 Franken pro Steuerfuss, nicht 270'000.

Andreas Burckhardt:
Noch einmal Herr Präsident, meine Damen und Herren Gemeinderäte, verehrte Anwesende, ich beantrage Ihnen, den Steuerfuss jetzt in diesem Jahr so zu lassen, wie er ist, und zwar ganz einfach darum: Wir haben die Investitionen, die man uns für die Zukunft an die Wand zeichnet, gesehen. Wir wissen, dass wir den Gürtel enger schnallen müssen. Wir wissen, dass man das bei den Aufgaben machen muss und wir wissen, wer die Aufgaben am besten kennt. Die Verwaltung, die Mitglieder, die sie vorgestellt haben am Anfang, aber vor allem auch der Gemeinderat. Und es ist nicht an der Gemeindeversammlung, sondern am Gemeinderat, Aufgaben zu definieren, die notwendig sind, die unumgänglich sind, weil sie von Fremden aufgezwungen sind, die notwendig sind für die Gemeinde und zu schauen, wo können wir Aufgaben anders machen, wo können wir sie besser machen und da eine kleine Anmerkung. Es soll für die Verwaltung nicht als Tadel gelten, wenn man sagt, man kann etwas anders machen, sondern es soll eine Aufforderung sein, dass eine gute Verwaltung – und das haben wir ja gehört, das haben wir, eine gute Verwaltung – selber dahinter geht und sich fragt, wie kann ich meine Aufgaben besser machen. Das ist die Aufforderung, die wir dem Gemeinderat geben. Wir können nicht vorschreiben, wo im Einzelnen die Aufgaben abgebaut werden, weil es eben miteinander zusammenhängt. Aber darum ist es wichtig, dass die Aufgaben vom Gemeinderat reduziert werden und entsprechend macht er das nur, wenn er das Geld dazu nicht hat. Wenn mein Portemonnaie leer ist, dann mache ich Ausgaben nicht und das ist das, was die Gemeinde jetzt machen muss, indem sie den Steuerfuss unten hält und nicht erhöht und ich stelle Ihnen den Antrag, dass der Steuerfuss gleich bleibt wie im Vorjahr.

Daniel Urech:
Wir werden über diesen Antrag abstimmen. Gibt es dazu noch Wortmeldungen?

Martha Tschudin:
Geschätzte Gemeinderätinnen, geschätzter Gemeinderat, lieber Dominic, geschätzte Damen und Herren. Ich habe mich ein bisschen vorbereitet und habe mir halt Notizen gemacht für heute Abend. In der Vergangenheit hat man viel über das Budget und über die Steuererhöhung lesen können. Es ist viel geschrieben worden und sogar an der Fasnacht hat man darüber gelacht. Die Entscheidung der Urnenabstimmung war klar, man wollte ein möglichst ausgeglichenes Budget ohne Steuererhöhung. Dafür habe ich am 18. Januar auch gestimmt. Meiner Meinung nach hat der Gemeinderat die Forderungen bei der Überarbeitung des Budgets aber nicht erfüllt und ich bin ehrlich gesagt ein bisschen enttäuscht. Wenn ich mich jetzt hier

noch ein bisschen herum höre, komme ich zum Schluss, ein grosser Teil der Stimmbevölkerung hat das Vertrauen in unseren Gemeinderat verloren und darum beantrage ich keine Steuererhöhung, sprich wir lassen es bei diesen 88%. Danke schön vielmals.

Daniel Urech:
Das ist eine Unterstützung des Antrags. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Martina Hasler:
Geschätzte Anwesende, es ist wirklich ein bisschen ein Hohn, es ist noch nicht ein Jahr her, als wir unseren Gemeinderat gewählt haben. Ich habe gewisse Prospekte aufbewahrt und überall steht drin, wir stehen für eine gute Bildung ein, wir stehen für Erneuerungen für die Schulinfrastruktur, und zwar von SVP und FDP, gross in mehrerer Fasson. Es ist jedem, der sich ein bisschen mit Zahlen auskennt, klar: ohne Steuererhöhung bauen wir keine neuen Schulen und eine neue Schule kostet auch nicht erst Geld, wenn der Bagger auf dem Platz steht. Das sind viele vorausgehende Schritte. Wir sind seit vier Jahren ganz intensiv am Arbeiten. Wir hatten jetzt einen Architekturwettbewerb, wir haben ein tolles Projekt, wir könnten loslegen und ich plädiere dafür, machen wir die Steuererhöhung, damit wir für unsere zukünftigen Generationen endlich aktiv werden können.

Daniel Urech:
Gibt es weitere Wortmeldungen?

Ulrike Mackay:
Ich bin ehrlich gesagt einigermassen enttäuscht. Ich habe den Eindruck, als ob Menschen hierherkommen und ihre Meinung darstellen, mit der sie schon seit Monaten herumlaufen und als ob alles, was hier gesagt worden ist, gar nicht gesagt worden ist und das erschüttert mich eigentlich, weil es sind doch sachliche Argumente, die gebracht worden sind, jetzt gerade die letzte nochmal von den Menschen, die wirklich betroffen sind. Von dem, was wir hier beschliessen. Dann einfach zu tun, als ob das alles nichts wert wäre, das erschreckt mich einfach und ich finde es was Tolles, die direkte Demokratie und ich hoffe einfach, ich meine, das beinhaltet auch, dass man diese Offenheit hat zu hören, was die anderen sagen, das auch ernst zu nehmen und nicht einfach wegzuwischen, weil es dem widerspricht, was ich sowieso schon gedacht habe.

Barbara Stettler:
Ich bin gar nicht der Meinung, dass der Gemeinderat seine Aufgaben nicht gemacht hat. Wir haben 5 Pakete vorgelegt bekommen, in jedem Detail. Ich war an einer dieser Sitzungen dabei, die öffentlich vom Gemeinderat war, wo verschiedene Budgetposten diskutiert wurden. Ich finde, wir haben eine super seriöse Arbeit vorgelegt bekommen und der Steuerfuss mit diesen 94%, da sind wir immer noch unter den Top 5 im Kanton Solothurn. Das scheint mir einfach ganz speziell, dass jetzt darauf dermassen eine Fokussierung liegt. Ich verstehe es nicht. Also ich plädiere dafür, den 94% zuzustimmen.

Roland Müller:
Also einfach nochmal schnell Fakten. Herr Burckhardt hat gefordert, dass wir bei 88% bleiben. Nach meiner Rechnung sind das 1,68 Mio. Franken weniger Einnahmen. Ich weiss nicht, fällt das Geld vom Himmel oder wie soll das gehen?

Es ist einfach unehrlich, wenn man hier drin nicht bereit ist, zu sagen, was gestrichen werden soll. Wir hatten vorhin jede Position. Auf jeder Seite hätte man da die Finger aufheben können und sagen, das muss gestrichen werden, das muss gestrichen werden. Es ist einfach unehrlich und unfähig, wenn man den Mut nicht hat zu sagen, wem will ich da weh tun? Ich habe hier die Eingabe der FDP, die sie eingegeben hat in den Budgetprozess und ich kann mich erinnern, ich war ja an dieser Gemeinderatsklausur über die Sparmassnahmen - ich habe das auch in einem Leserbrief geschrieben -, der einzige Sparantrag ist

von Daniel Müller gekommen, das sind 130 Stellenprozent Einsparung, das wären für dieses Jahr etwa 70'000 Franken gewesen. Sonst habe ich keinen einzigen Sparantrag von den Vertretern gehört.

Es ist unmöglich, es fehlt mir irgendwie am logischen Denken, dass man einfach dem Gemeinderat sagt, ja, ihr müsst die Arbeit machen. Jetzt hat der Gemeinderat Abbaupakete vorgelegt, bei den Schulen als Beispiel, wir machen die Schwimmhalle zu, die erste und zweite Klasse muss im Schulzimmer turnen, weil wir haben zu wenig Turnhallen. Wir bauen alle Zusatzstunden ab in der Schule. Ich erinnere, wir hatten einmal eine rote Ampel bei den Schulen. Wollen wir das wieder in Kauf nehmen? Wollen wir die Investitionen in die Schule nicht finanzieren? Ich habe da schon Gerüchte gehört, dass man die Schulbauten abschiessen will. Das ist wahrscheinlich hier der Vorgeschmack auf das. Aber schaut, wir haben vier Klassen in Containern. Ist das ein Zustand? Also man muss sich wirklich fragen, was wollen gewisse Leute für eine Gemeinde. Ich will so eine Gemeinde nicht, aber leider kann ich das nicht bestimmen.

Aber ich befürchte, die Meinungen sind gemacht. Wir werden wahrscheinlich noch einmal an der Urne über das Budget abstimmen, aber ich bitte Sie, stimmen Sie dieser Steuererhöhung zu. Sie haben den Finanzplan gesehen beim ersten Traktandum. Ich weiss nicht, wo das Geld herkommen soll. Das sind ganz intelligente Leute in der FDP und in dieser Gruppe 21 und sie wissen eigentlich, dass es nicht geht.

Daniel Urech:
Über die Frage der Urnenabstimmung debattieren wir dann separat. Der Antrag ist schon gestellt, falls jetzt dieser Antrag nicht angenommen wird.

Walter Tschopp:
Herr Gemeindepräsident, werte Gemeinderäte, liebe Anwesende, wir reden jetzt von Prozentzahlen in Bezug auf den Steuerfuss. 88 ist ein Antrag, 94 ist das, was eigentlich jetzt vorgeschlagen wird, auch von der Gemeindeseite her. Mit dem könnte ich alles leben. Was mich massiv stört und mir sauer aufstösst, ist, wenn ich in einem ganzseitigen – ich hätte fast gesagt Inserat – Interview im Wochenblatt lese, dass unser Gemeindepräsident gar nicht ausschliesst, dass es weitergeht mit Steuererhöhungen und das soll dann attraktiv sein für Neuzuzüger. Ich glaube, das ist dort auch erwähnt, weil die Gemeinde noch Land hat, das sie abgeben will und ich kann Ihnen einfach versichern, es gibt genügend Untersuchungen, ich habe das einmal erwähnt in einem Leserbrief, die klar aufzeigen: wenn jemand sich heutzutage als Gutverdiener eine Gemeinde aussucht, ist das nicht ein unwesentlicher Faktor, wie hoch der Steuerfuss ist und der schaut dann nicht, ob es jetzt Solothurn ist, ob es Baselland ist oder sonst ein Kanton, der schaut in erster Linie, wie der Steuerfuss ist, auch weil wir ja alle aus der Region Basel kommen, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass zwischen diesen Kantonen, die uns umgeben, hier in Dornach, im Solothurn, dass das könnte ein Standortvorteil sein und ich bitte Sie sehr, alle Anwesenden, das gut zu überlegen.
Es ist im Vergleich von Herrn Mathiuet erwähnt worden, dass das ja eigentlich immer sehr wenig ausmacht fürs Einkommen vom Durchschnitt, aber der Durchschnitt ist nicht unbedingt wichtig, es sind nicht die, die überhaupt die Steuereinnahmen finanzieren, sondern in der Tat sind das häufig Menschen mit einem hohen Einkommen und da möchte ich eigentlich sehr dafür plädieren, dass man mit allfälligen weiteren Steuererhöhungen wirklich vorsichtig umgeht und nicht einfach sagen, ja, wir können ja wieder, wenn wir eine Investition tätigen müssen, entsprechend Steuern hochsetzen. Ich finde, das ist einfach kein Prinzip. Das würde in einem Haushalt auch nicht funktionieren.
Man muss sich Sorge tragen, man macht eine einfache Budgetplanung und überlegt sich dann, ob ich halt nach Hurghada gehe mit den Kindern in die Ferien oder ob ich eben vielleicht einmal in der Schweiz bleibe und in den Bergen etwas mache. Das überlegt man sich sehr wohl im Sinne von Sparmassnahmen. Das ist meine Meinung dazu. Sie sind die, liebe Anwesende, die sich das mal überdenken können und entsprechend dann abstimmen. Danke schon vielmals.

Albert Massmünster:
Ich will mich ganz kurz halten. Ich habe die Folien gesehen, Dornach bleibt steuerlich sehr attraktiv. Wir vergleichen uns hier mit Grenchen, wir vergleichen uns mit Orten, Gemeinden auf der anderen Seite des

Bergs, wir wohnen aber nicht auf dieser Seite vom Berg und da ist es anders, da müssen wir uns mit Arlesheim, mit Bottmingen, Binningen, Riehen, Bettingen vergleichen und da stehen wir ganz anders da und wenn wir anders da stehen, dann kommen die Leute auch nicht. Und wir brauchen Leute, die Steuern zahlen und nicht die, die in Grenchen sind. Nichts gegen die von Grenchen, ich kenne viele in Grenchen, aber vergleichen sollten wir unseren Steuersatz nicht mit Grenchen.

Daniel Urech:
Absolut einverstanden mit dir, die entscheidende Vergleichsgruppe ist natürlich nicht Grenchen, sondern ist hier die Region, aber das haben wir ja letztes Jahr sehr ausführlich analysiert respektive vorletztes Jahr und da ist aufgezeigt worden dass wir absolut bei den Leuten sind. Und ich glaube, was auch klar ist, ein entscheidender Punkt bei der steuerlichen Attraktivität ist die Vermögenssteuer, die im Kanton Solothurn sehr attraktiv ist. Und entsprechend ist uns ganz klar, wir möchten eine steuerlich attraktive Gemeinde bleiben. Wir sind jetzt auch beim Finanzplan nicht mehr bei 100, sondern maximal noch bei 99. Und ich muss Ihnen auch sagen, wir werden selbstverständlich jede Steuererhöhung in dieser demokratischen Form von der Gemeindeversammlung debattieren und uns darüber unterhalten, ob sie notwendig ist und in welcher Höhe sie notwendig ist. Das ist ganz klar und von dem her ist das klare Bekenntnis vom Gemeinderat da, Dornach soll steuerlich eine attraktive Gemeinde bleiben.

Lucia Lauber:
Geschätzte Anwesende, es braucht mega viel Mut, aber ich habe wirklich ganz fest das Gefühl, wir dürfen nicht nur unser eigenes Portemonnaie heute so fest gewichten. Es geht um das Gesamte. Bitte habt Mut und denkt nicht nur an das eigene, sondern an die ganze Gemeinschaft in dieser Entscheidung.

Pascal Hasler:
Mir ist Bini [Marcel Boppart] noch einmal in den Sinn gekommen, der erzählt hat, wie viele Steuern er bezahlt hat, als er nach Dornach gekommen ist und wenn ich jetzt ein bisschen zurückschaue, was müssen das auch für Visionäre gewesen sein, die damals das Schulhaus Brühl gebaut haben, das so lange Zeit jetzt gehalten hat und genug gross gewesen ist, was sind das auch für Leute gewesen damals in dem Dornach, die eine Schwimmhalle gebaut haben damals, das muss ich sagen, ich habe das sensationell gefunden als Bub, lässige Sache. Und man war offenbar bereit, auch ein bisschen Geld für das in die Hand zu nehmen. Jetzt diskutieren wir darüber, ob man 100 Franken oder 200 Franken gestrichen hat, damit die Schulen weniger oder die Klassen weniger Ausflüge machen können und so weiter.

Das alles stimmt mir ein bisschen bedenklich, muss ich sagen. Man muss auf beide Seiten schauen, denke ich, man muss schauen, was kann man allenfalls abbauen, was haben wir uns vielleicht auch zu viel gegönnt in der letzten Zeit, mag sein. Wenn ich sehe, wie viel, dass da nicht so sehr beeinflussbar ist, dann bin ich nicht zuversichtlich, dass wir mit diesen Steuererhöhungen noch so wahnsinnig viel Erfahrung haben, wenn das Wachstum weitergeht und das ist leider anzunehmen. Und wenn ich dann die Voten höre, die vorhin gekommen sind, ja, wenn wir privat schauen, wenn wir privat davon ausgehen, dass wir etwas investieren wollen, würden wir auch unsere Schatullen vorher vielleicht ein bisschen füllen wollen. Der Antrag müsste eigentlich doch sein, nicht dass wir dem Gemeinderat weniger zur Verfügung stellen, sondern, und der hätte vor 5 Jahren schon kommen müssen, dass wir eher jedes Jahr 2 Millionen zurücklegen, parat machen für das, was an Investitionen auf uns kommen wird.

Wenn wir gesehen haben, was etwa da jetzt geschätzt wird, lassen Sie es uns nicht 140 Millionen sein. Vielleicht sind es noch 80, wenn wir noch ein bisschen etwas streichen und noch ein bisschen wieder redimensionieren und so weiter. Das ist immer noch ein Riesenbatzen und es hat damit zu tun, dass wir jetzt viele Jahre nichts gemacht haben, ausser – nicht despektierlich gemeint – ein paar Strassen. Und die Strassen müssen wir machen, aber wir brauchen auch sonstige Renovationen oder Sanierungen von unserer Infrastruktur und wir brauchen das entsprechende Geld dafür und wenn wir jetzt nochmal den Steuerfuss nicht hinaufsetzen, nur um zu zeigen, das ist ein Zeichen, verstehe ich das ehrlich gesagt nicht wirklich, weil wir werden das Geld brauchen und lieber ein bisschen etwas vorhaben, als noch einmal mit

einem Minus zu starten und das Tafelsilber jetzt schon zu verhökern. Ich plädiere dafür, bitte stimmen Sie zu.

Michael Köhn:
Geschätzter Herr Gemeindepräsident, geschätzte Damen und Herren Gemeinderäte, liebe Anwesende, zum zweiten Mal, ich komme mit einem neuen Antrag, mit dem Antrag, den Steuerfuss auf 90% festzulegen und ich begründe warum. Nicht aus Freude, das kann ich sagen, sondern als Kompromiss. Die Bevölkerung hat im Januar klar gezeigt, dass eine deutliche Steuererhöhung nicht unterstützt wird. Gleichzeitig ist uns auch bewusst, dass die Gemeinde vor finanziellen Herausforderungen steht. Darum schlagen wir keinen Stillstand vor, sondern einen moderaten Schritt, einen einmaligen Schritt, um den Steuerfuss von 88 auf 90% zu erhöhen.

Das ist aus unserer Sicht verantwortungsvoll, aber nicht überzogen. Für uns ist klar, 94% sind definitiv zu viel und vor allem zu einfach gedacht. Denn höhere Steuern lösen das Problem nicht, sie verdecken es nur. Das ist wie bei einem Kuchen, der verbrannt ist, noch ein bisschen Puderzucker darüber tun und dann sieht er schön aus.

Ich wiederhole mich noch einmal, wir haben kein Einnahmenproblem, wir haben vor allem ein Ausgabenproblem und nicht alles, was wünschbar ist, ist auch finanzierbar. Und noch etwas zum Standort: Dornach steht im Wettbewerb mit der Region Basel, das ist vorhin auch schon gesagt worden, mit Gemeinden um uns herum. Und attraktive Steuern sind dabei ein klarer Vorteil, nicht der einzige, aber sie sind ein Vorteil. Wenn wir diesen Vorteil einfach leichtfertig aufgeben, schaden wir uns langfristig selber, denn auch Dornach lebt von diesen Personen, die hohe Steuern zahlen. Zu diesen Personen müssen wir Sorge tragen, denn sie tragen einen grossen Teil von unserer Gemeinde. Wenn fast die Hälfte der Bevölkerung eine Steuererhöhung kaum merkt, wie man das in den Unterlagen lesen kann, dann zeigt das, die Wünsche kommen logischerweise von uns allen, bezahlt werden sie am Schluss aber von wenigen. Das ist unser System und das ist auch gut so, aber man darf es nicht zu fest ausreizen.

Attraktive Steuern locken auch neue Einwohnerinnen und Einwohner an, die ihren Beitrag an das Gemeinwohl leisten. Unattraktive Steuern auf der anderen Seite schrecken sie ab. Ich kann nicht sagen, als FC Basel, super Jahr und Zürich und YB ist hinter mir, ich schaue lieber einmal hinauf, wer ist eigentlich noch vor mir und so kommt es mir ein bisschen vor, wenn wir über die Steuern diskutieren, mit wem vergleichen wir uns eigentlich, nur weil andere hinter uns sind. Ich finde, wir sollten uns mit den besten messen. Der Kompromiss, also die Erhöhung von 88 auf 90%, sollte das dann abgelehnt werden, werden wir dann tatsächlich noch beantragen, das noch einmal vor das Volk zu bringen. Unser Vorschlag ist ein Mittelweg, kompromissfähig, verantwortungsfähig und gibt dem Gemeinderat einen gewissen Spielraum, das Problem anzugehen und spätestens auf das Budget 2027 mit einem gut durchdachten und verantwortungsvollen Budget zu kommen. Merci vielmals.

Maria Montero Immeli:
Ich habe jetzt nichts vorbereitet, aber ich möchte doch noch einige Worte verlieren zu den Kosten in den letzten acht Jahren. Wir haben die Grafik hier gesehen. Die Grafik ist nicht inflationsbereinigt.

Seit 2018 haben wir eine Inflation von mindestens 7%. Das heisst, wenn man die Kosten, die wir beeinflussen können, anschauen, die sind dann nicht um 2% gestiegen in diesen Jahren, sondern inflationsbereinigt sind die sogar gesunken. Wir haben gespart in den letzten Jahren, wir haben auch in dieser Budgetrunde viel gespart und das ist ans Lebendige gegangen.

Wir sassen alle zusammen, die Gemeinderäte, sind Schritt für Schritt durchs Budget und haben versucht, eine gute Arbeit zu leisten. Wir haben nicht andere Anträge bekommen. Es gibt keine weiteren Ideen, die an uns herangebracht worden sind, die wir umsetzen könnten. Der Budgetprozess 2027 startet schon im Juni und dort könnten wir fundiert darüber schauen, wie wir umstellen wollen, ob wir ein Dornach haben,

das lebenswert ist, wo Angebote da sind oder wollen wir einfach einen ganzen geringen Steuerfuss haben, über das können wir reden. Ich denke, der nächste Budgetprozess bietet da Gelegenheit.

Cornelia Hefti:
Guten Abend miteinander. Ja, es braucht Mut, hier nach vorne zu kommen und es braucht Mut, wenn man sagt, wir sind eine Region. Dornach ist umgeben von Arlesheim, Aesch, Münchenstein, etc. Wenn man es im Wochenblatt vergleicht, was für Stimmungen das sind, dann würde ich als gute Steuerzahlerin sicher nicht nach Dornach kommen, nicht wegen der Steuererhöhung, sondern wegen der Stimmung.

Dornach hat viel Potenzial.

Ich finde, nehmen wir doch die Wahl, nehmen wir das Budget an, machen wir die Steuererhöhung und nicht die Androhung "nur auf 90%, sonst gehen wir an die Urne." Entweder oder. Ich bin ganz klar dafür, gehen wir gerade richtig, weil Dornach ist dann attraktiv, wenn es gute Strukturen hat.

Schaut euch einmal um, wie viele sind grauhaarig oder tönen wie ich, es geht um unsere Kinder und um unsere Enkelkinder. Es ist jetzt der Moment, um zu investieren und über Generationen hinweg zu denken. Wir investieren jetzt für unsere Kinder und Enkelkinder und das in allen Parteien. Denkt ein bisschen weiter, nehmt die Steuererhöhung, wie es vorgeschlagen ist vom Gemeinderat, an.

Daniel Urech:
Es könnten dann auch langsam die Meinungen gemacht sein, aber selbstverständlich hat jeder, der es noch will, das Wort oder jede.

Kevin Voegtli:
Also dann mache ich schnell. Guten Abend miteinander. Ich habe es letztes Mal gesagt, ich bin auch schon zitiert worden heute Abend, gesagt, ja, wenn ihr das macht, dann kommen wir nochmal mit dem gleichen Budget. Das hat leider nicht gestimmt, denn wir haben eine halbe Million gespart. Ist jetzt so. Bin ich für die Sparanträge gewesen? Ich glaube, ich bin 90% dagegen gewesen, das kann ich auch ehrlich sagen, weil ich beim letzten Budget schon dafür gewesen bin. Aber, die Frage, die sich doch jetzt stellt, ist, wir sind wieder am genau gleichen Punkt wie letztes Mal. Ich habe das Gefühl, ich bin ein paar Monate zurückgesetzt worden: "das ist alles schlecht und ihr habt es nicht gemacht und das ist nicht richtig und so". Das kann man so sehen, aber nachher immer an die Urne zu gehen und dann darauf zu hoffen, dass es dann doch so kommt, wie man es eigentlich wollen würde. Aber hier drin den ganzen Abend lang nichts zu sagen. Ich habe es letztes Mal schon gesagt, zu all diesen Seiten Budget keine Worte zu verlieren, was man denn sparen könnte oder sagen, auf diese Leistung verzichten wir, und dann immer sagen, ja, aber ihr wisst, wo man am besten spart. Offenbar wissen wir es nicht, wenn man vielen hier drin glaubt. Aber was ich weiss, ist, wenn es Sparpotenzial gibt auf unserer Verwaltung, dann wird das angesprochen. Du [Sarah-Maria Kaisser] kannst mir sagen, wie viele Kündigungen ausgesprochen wurden. 16, seitdem wir eine Verwaltungsleitung haben. Das ist auch ein Fakt. Wenn es nicht läuft, dann wird gehandelt, aber dann einfach sagen, ja, die handeln nicht, die machen nichts und es passiert nie etwas und wir haben kein Vertrauen in das Ganze, finde ich schwierig. Der FCB-Vergleich hat mir eigentlich noch gefallen. Da ruft auch jeder rein, der Trainer sei nichts. Dann hat man ihn gewechselt, der neue ist noch schlechter geworden. Nein, ich habe nicht dich [Sarah-Maria Kaisser] gemeint. Gut, ich habe den FCB-Vergleich doch schlecht gefunden, will mich korrigieren. Also nein, aber was ich sagen will ist, habt den Mut, heute hier drin zu sagen – vielleicht haben wir es schon verpasst – was soll es denn sein? Welche Leistung soll denn fehlen? Wenn wir die Glungge zumachen, ich weiss, das Beispiel ist alt, es ist verbraucht, es wird nie passieren, denke ich, aber wenn das passiert, ja dann kann man darüber reden, braucht es noch Glunggen-Angestellte. Ich denke nicht. Wir müssen doch über Leistungen reden und nicht immer einfach darüber, was könnte sein und das alles falsch ist. Aber darum bin ich bei diesen 94%, darum bin ich bei unserer Verwaltung. Das will ich wirklich nicht falsch verstanden wissen.

Ich freue mich, unseren nächsten Redner zu begrüssen, Steffi Rumpel.

Daniel Urech:
Danke. Zuerst ist noch Ramon Glatz dran und nachher kommt Steffi Rumpel.

Ramon Glatz:
Herr Köhn hat gesagt, die Gemeinde Dornach habe nicht ein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Heute Abend haben wir über die Ausgaben gesprochen. Der Gemeinderat hat in aller Transparenz aufgezeigt, wo man sparen könnte, der Gemeinderat aber es nicht verantwortbar findet. Jeder, jede von uns hätte hier drin Sachen beantragen können, wo wir sparen möchten. Wenn wir wirklich ein Ausgabenproblem hätten, wäre das der Moment gewesen.

Jetzt zum Antrag Steuererhöhung auf 90%. Wenn wir das machen bei gleichbleibenden Ausgaben, an den Ausgaben ist noch nichts geändert worden, dann schliessen wir das nächste Jahr mit einem Defizit ab. Das heisst für die anstehenden Investitionen ist weniger bei uns im Kässeli. Es gibt mehr Fremdfinanzierung, was wiederum Kosten generiert. Ich bitte euch darum zuzustimmen dem Antrag auf 94%.

Stephan Rumpel:
Ich bin hier noch Bürger, ich war Zunftmeister, Unternehmer und wenn ich hier höre, dass wir Ihnen sagen sollen, wo Sie sparen müssen, dann muss ich einfach lachen, weil meine Monteure, meine Leute haben mir noch nie gesagt, wo ich sparen muss und ich habe zwischen ihnen auch sehr unangenehme Entscheidungen treffen müssen. Sie glauben ja nicht im Ernst, dass wenn ich einen entlassen musste – und wir haben ja auch Probleme mit den Personalkosten in diesem Verein hier – das ist nicht angenehm, aber unter dem Strich bin ich verantwortlich für alle Leute und wenn ich zwischen ihnen den einen oder anderen entlassen muss, dann habe ich aber die Firma gerettet. Ich konnte kein Defizit machen, sonst hätte mir da einer vom Amthaus unten einen Brief geschrieben, dass ich nämlich Konkurs bin. Das geht überhaupt nicht und ich musste die Entscheidungen treffen mit meinen Leuten. Das ist für mich wie ein Verwaltungsrat. Die sollen sagen, ich kenne nicht jedes Detail hier drin. Aber ich sehe, dass da viel für Planungen ausgegeben wird oder ausgegeben worden ist für Unterführungen, nachher ist es abgelehnt worden vom Volk, dann kommt schon wieder ein Ding, dass man es gleich 2 Meter breit macht und, und, und, oder Busschlaufen bei mir unten auf meinem Land, ja zum Beispiel, und so weiter. Übernehmt IHR Verantwortung, ihr müsst sparen. Wir sagen nur, ihr müsst sparen, ja.

Daniel Urech:
Also ich glaube, es gibt eben einen Unterschied, Steffi.

Stephan Rumpel: Ich bin dafür, dass wir entgegenkommen, wir machen 90% und dann haben wir ein bisschen etwas gemacht.

Daniel Urech:
Dass ich den Tag noch erlebe, an dem Steffi Rumpel für eine Steuererhöhung plädiert. Ja, es gibt einen Unterschied zu deinen Monteuren. Du bist der Chef gewesen von diesen Monteuren, ich bin nicht dein Chef, sondern die Gemeindeversammlung ist hier der Chef, der bestimmt, was läuft in Bezug auf das Budget und das ist die Zuteilung. Der Gemeinderat hat sich sehr intensiv mit dem Budget beschäftigt. Ich wage zu behaupten, dass alle Leute, die da vorne an dem Tisch sitzen, nach dem Budgetprozess enorm viel mehr über die Gemeinde gewusst haben als vorher. Über unsere Tätigkeiten, was wir alles machen, wo es möglich ist und wo es eben nicht möglich ist, wo es Sinn macht zu sparen und wo es eben nicht Sinn macht zu sparen. Und das ist mir ganz wichtig Ihnen zu sagen, wir nehmen das ernst, dass wir uns in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess befinden, dass wir, wenn wir Optimierungspotenzial sehen, dass wir das anpacken, da sind wir auch voll unterstützt von unserer Verwaltungsleitung, von unseren Abteilungsleitenden und das ist ganz wichtig. Mit dem sparen wir aber keine 1,5 Mio. Franken ein und wir sind zum Teil über das hinausgegangen, was auf die lange Frist sinnvoll ist mit diesen Einsparungen im

2026. Das ist so, aber wir sehen das als wichtig an. Wir machen auch an Benchmarkings mit. Wir möchten die Gemeinde Dornach immer weiterentwickeln und auch immer optimieren. Das machen wir, da können Sie sich darauf verlassen, aber unsere Analyse ist ebenso klar, die Ausgabenwachstum in dem Bereich, den wir nicht beeinflussen können, aber auch die Leistungen, die uns in Dornach wirklich etwas wert sind, die können wir so nicht weiterführen und vor allem können wir die Investitionen, die notwendig sind, nicht realisieren, wenn wir bei den Steuern nicht etwas machen können. Die Idee ist wirklich nicht, Dornach zu einer Steuerhölle zu machen, ganz und gar nicht, aber den Schritt, den braucht es jetzt, da ist der Gemeinderat klar der Meinung.

Jetzt vielleicht noch kurz zur Einordnung von diesen 2 Anträgen: 88% Steuerfuss würde bedeuten, dass das Budget um 1.71 Mio. Franken schlechter abschneiden würde, 90% Steuerfuss würde um 1.14 Mio. Franken schlechter abschneiden bedeuten, also bei beiden Fällen ein deutliches Defizit, das damit verbunden wäre. Ich denke, das ist wichtig, das auch zu wissen, dass man weiss, über was man abstimmt.

Ich sehe gerade niemanden, der ansteht, darum nutze ich die Gelegenheit, zur Abstimmung zu schreiten, wenn niemand sich wehrt.

Und wir würden folgendermassen vorgehen, es gibt 2 Änderungsanträge gegenüber dem Gemeinderatsantrag, das heisst, es gibt jetzt auch 2 Abstimmungen. Als erste Abstimmung wird zwischen diesen 2 Änderungsanträgen entschieden, also zwischen 90 und 88. Und der, der dann obsiegt von diesen 2, also in dieser Ausmarchung, der der dort obsiegt, der wird nachher dem Hauptantrag, nämlich den 94% vom Gemeinderat, gegenübergestellt. Also zuerst 88 gegen 90 und nachher der obsiegende gegen 94. Das sind die 2 Abstimmungen, die wir jetzt durchführen werden. Damit stelle ich zur Debatte: 88 gegen 90. Wer dem Antrag Burckhardt/Tschudin, das heisst 88%, den Vorzug geben möchte, soll das zeigen mit Erheben der Stimmkarte. Wer dem Antrag Köhn den Vorzug geben möchte, das heisst 90%, soll das zeigen mit Erheben der Stimmkarte.

ÄNDERUNGSANTRAG BURCKHARDT/TSCHUDING (STEUERFUSS VON 88%) VS ÄNDERUNGSANTRAG KÖHN (STEUERFUSS VON 90%)
(mit einer sehr deutlichen Mehrheit und bei einer rechten Menge Enthaltungen)
://: Der Antrag, den Steuerfuss bei 90% festzulegen, wird gegenüber dem Antrag, den Steuerfuss bei 88% festzulegen, bevorzugt.

Daniel Urech:
Das heisst, wir stimmen jetzt über den Antrag Köhn gegenüber 94% ab, also 90 gegen 94. Wer ist für den Antrag 90%? Soll das zeigen mit dem Erheben der Stimmkarte. Bitte zählen.

Wer ist für den Antrag 94, der soll das bitte zeigen mit Erheben von der Stimmkarte.

Gibt es Enthaltungen in dieser Abstimmung? Bitte zeigen. Eine Enthaltung.

ÄNDERUNGSANTRAG KÖHN (STEUERFUSS VON 90%) VS ANTRAG DES GEMEINDERATS (STEUERFUSS VON 94%)
(146:262 Stimmen bei einer Enthaltung)
://: Dem Antrag des Gemeinderats, den Steuerfuss bei 94% festzulegen, wird gegenüber dem Antrag, den Steuerfuss bei 90% festzulegen, der Vorzug gegeben.

Daniel Urech:
Das heisst, wir würden mit 94% funktionieren. Jetzt gibt es noch ein paar weitere Beschlussesziffern.

Die Feuerwehrersatzabgabe ist festzulegen. Da sehe ich keine Anträge dazu. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Finanzierungsfehlbeträge gemäss dem Budget durch Aufnahme von Darlehen zu decken.

Es gibt noch einen Antrag auf eine Volksabstimmung und über den müssen wir noch debattieren und da möchte ich euch schon noch ernsthaft ein bisschen ins Gewisse reden, ehrlich gesagt. Zunächst einmal, dass es allen klar ist, der Antrag auf Volksabstimmung, dieser kommt zustande oder der wird angenommen, wenn ein Viertel der anwesenden Stimmberechtigten dem zustimmt. Und für das werden wir nachher auch, nein, das könnte man eigentlich jetzt schon machen, feststellen, wie viele Stimmberechtigte also im Saal sind, dass wir diesen Viertel noch einmal sauber berechnen können. Und wenn dieser Viertel zustande kommt, also das heisst, wenn ein Viertel der Leute hier drin findet, das muss an die Urne gehen, dann gibt es keine Schlussabstimmung über das Budget, sondern dann wird das ganze so beratene Budget an die Urne transferiert und da ist vielleicht zunächst einmal darauf hinzuweisen, was das bedeuten würde. Das würde bedeuten, dass wir am 10. Mai, das ist der frühestmögliche Termin mit den Vorfristen, dass wir dann eine Urnenabstimmung durchführen würden. Wir müssten innert kürzester Zeit natürlich wieder Erläuterungen schreiben. Die Kosten, die damit verbunden wären, wären rund 20'000 Franken, wobei das nicht das entscheidende Argument ist nach meiner Meinung, warum man auf die Urnenabstimmung verzichten sollte. Besonders problematisch wäre die erneute Durchführung einer Urnenabstimmung, finde ich, aus folgenden Gründen: Zunächst einmal, und das denke ich, wäre sehr unglücklich, würde Dornach ein Zeichen von Instabilität aussenden, und zwar sowohl gegen aussen wie auch, und das ist auch ganz wichtig, gegen innen für unsere Mitarbeitenden. Sie möchten sich mit Motivation für eine funktionierende Gemeinde einsetzen. Das Ansehen und das Vertrauen in die Gemeinde Dornach als Organisation wäre mit dem in Frage gestellt. Das würde dazu führen, dass nachher die Unsicherheit weitergehen würde, indem es eben zu dem Aufsichtseingriff durch den Regierungsrat kommen würde, dass der Regierungsrat uns das Budget beschliessen würde. Und die Hoffnung, dass es hier zu der grossen Überprüfung kommen würde, die teile ich nicht ganz, aber die Hoffnung darf jeder selber für sich beurteilen. Was aber weiterhin damit verbunden wäre, wir hätten über eine längere Zeit noch kein Budget, nämlich mindestens bis am 10. Mai und damit verbunden ist, dass nur gebundene Ausgaben, also nur Ausgaben, die entweder sich in der Höhe, Art und Zeit direkt aus Verträgen oder Gesetzen ergeben, getätigt werden dürften. Das ist nicht etwas, was der Gemeinderat erfunden hat, lieber Michael Köhn, wie ich das gehört habe, sondern das ist gesetzlich so vorgesehen und wird vom Kanton auch so eingefordert. Das ist auch richtig, weil ein Budget ist nicht einfach etwas für schön, sondern ein Budget ist auch eine Ausgabenkompetenz, die Kompetenz in diesem Rahmen die Ausgaben zu tätigen und wenn das fehlt, dann darf man die Ausgaben nicht tätigen und das würde dazu führen, dass diverse Projekte bei der Gemeinde blockiert wären, überall dort, wo man externe Aufträge vergeben müsste.

Wir könnten die Glungge mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit nicht öffnen. Das sind alles befristete Arbeitsverträge, die morgen unterzeichnet werden sollten. Das haben wir bis jetzt hinausgeschoben. Wir haben die Leute, aber wenn wir denen sagen, ihr erfahrt im Fall nachher am 11. Mai, ob wir euch anstellen können, dann ist ein anderer Sommerjob unterwegs.

In ganz vielen Bereichen werden wir nicht als verlässlichen Partner agieren können. Die Ortsplanungsrevision würde sich verzögern. Die Erarbeitung des Arealvertrags mit der HIAG würde sich verzögern. Man könnte diverse Baumpflegen und so weiter nicht in Auftrag geben, die Etablierung der neuen Reinigungsgeschichte nicht vornehmen, wir könnten das Portiunggeli unter Umständen nicht durchführen, weil man die Ausgaben nicht tätigen kann, die man jetzt tätigen müsste, die Aufträge nicht erteilen kann, wir könnten den Verkauf der Liegenschaften im Finanzvermögen nicht vorantreiben, dort, wo externe Kostenschätzungen eingeholt werden müssten. Es gibt ganz viele Planungsbereiche. Alles, was in der Investitionsrechnung heute beschlossen worden ist, könnte man nicht loslegen. Also es wäre ein grösserer Schaden. Und drittens bin ich klar der Meinung, die Gemeindeversammlung, ihr 400 Leute oder wie viele es sind, erfahren wir nachher gerade, wir sind gemäss Gemeindeordnung und Gemeindegesetz zuständig dafür, um über das Budget einen Beschluss zu fassen. Die Zustimmung zu diesem Antrag und zu einer Abstimmung würde bedeuten, dass die jetzt dann rund 1'200 bis 1'500 Stunden, die ihr euch heute Abend mit dem Budget beschäftigt habt, dass die dahin fallen würden, dass man die über den Haufen werfen würde und das an die Urne gibt, wo man nicht inhaltliche Anträge stellen kann, sondern wo man nur Ja oder Nein

stimmen kann. Wir würden den gemeinsamen demokratischen Prozess, den wir heute miteinander gemacht haben, abbrechen. Das fände ich sehr schade, denn ich bin überzeugt, dass die direktdemokratische Art und Weise der Entscheidfindung etwas sehr Wertvolles ist und ihre eigene Qualität hat. Aus diesen Gründen möchte ich an Sie appellieren, dass wir den Antrag auf Urnenabstimmung ablehnen.

Es sind 426 Stimmberechtigte hier.

Wird das Wort verlangt?

Stephan Rumpel:
Ja, wir wissen das schon. Da vorher schon gesagt worden ist, braucht es Mut, hier vorne zu stehen? Nicht unbedingt, aber aus diesem Grund beantrage ich, dass wir eine geheime Abstimmung machen.

Daniel Urech:
Antrag auf eine geheime Abstimmung. Wir werden darüber befinden. Für eine geheime Abstimmung muss eine Zustimmung von 20% der anwesenden Stimmberechtigten erfolgen. Wir wären vorbereitet, wir hätten Stimmzettel hier und wir hätten Urnen hier. Wir werden dann über den Antrag abstimmen. Jetzt hat es aber hier noch weitere Redner:innen.

Andreas Burckhardt:
Danke, Daniel. Ich habe es vorhin nicht ausführlich begründet. Ich verstehe die Bedenken, die Daniel Urech jetzt gesagt hat, aber ich halte an meinen Anträgen fest. Ich habe einen Moment gewankt, dann ist ein Gemeinderat da vorne, der mir wieder sagt, "wir machen sowieso, was wir wollen". Entgegen dem, was der Souverän, der Souverän ist nämlich nicht hier drin, wir sind Vertreter des Souveräns, der Souverän ist das Volk an der Urne, entgegen dem, was das Volk bei einer ersten Abstimmung gesagt hat, sagt er, "das ist mir egal" und ich habe es als Publikumsbeschimpfung empfunden, was der Gemeinderat Voegtli uns hier geboten hat. Ich glaube, das ist nicht die Art und Weise. Es geht nicht nur um die Steuererhöhung, es geht darum, dass wir eine Disziplin kriegen in dieser Gemeinde bei den Ausgaben, eben gerade im Hinblick auf die Investitionen, die wir ja gesehen haben, die alle noch kommen, dass wir uns fragen, wo wir etwas machen können. Und dass die, die mich gewählt haben, weil wir gesagt haben, das sind die Leute, die die Gemeinde führen können, dass die das halt überlegen, wenn der Souverän und darum der Antrag auf Urnenabstimmung, wenn der Souverän das noch einmal will und dann ist es auch ein Hinweis für den Regierungsrat, wenn der Regierungsrat dann eingreifen müsste.

Daniel Urech:
Ich möchte gerne gerade zu dieser Souveränsfrage noch ganz kurz etwas sagen. Es ist ein bisschen Begriffsklauberei schlussendlich, aber der Umstand, dass es eben nicht ein Referendum ist, sondern ein Verschieben von der Gemeindeversammlung an die Urne zeigt, dass eben der Souverän sowohl in der Gemeindeversammlung sitzt als auch an der Urne und wegen dem stimmt es nicht. Anders als bei einem Parlament eben, wo quasi das Volk oben an der Gemeindeversammlung sitzt. Das ist dasselbe. Das Volk sitzt heute hier auch und entsprechend kann man nicht sagen, der Souverän sei etwas anderes.

Andreas Burckhardt:
Das lassen wir jetzt einfach so stehen.

Lisa Wüst:
Guten Abend miteinander. Mir macht es ein bisschen, wie soll ich sagen, für mich ist es unsäglich. Es ist eine demokratische Abstimmung. Wir haben die Steuern von 94% angenommen und eine Minderheit möchte jetzt bestimmen, dass es an die Urne kommt. Was ist denn eine Gemeindeversammlung? Dann kann man doch die Gemeindeversammlung gerade abschaffen, dann müssen wir doch hier gar nicht diskutieren. Also ich hoffe sehr, dass ihr wirklich im Sinne der Gemeinschaft von dieser Gemeindeversammlung auch dem Antrag eben nicht stattgebt. Danke.

Sonja Plüss:
Ich stehe hier mit der Motivation, ein bisschen die Demografie aufzulockern, die hier am Pult steht. Ich bin mitverantwortlich für das, was hier vorgelegt wird. Ich durfte als Stellvertretung das Budget 2.0 mit erarbeiten und ich glaube, dass das eigentlich sehr verantwortungsvoll ist, was wir hier erarbeitet haben. Und dort, wo der Schmerzpunkt ist, ist eigentlich nicht ein Problem bei der Gemeinde oder wie die Gemeinde funktioniert oder was bei der Gemeinde für Leistungen geboten werden, zu viel oder zu wenig, sondern wir sehen einfach, wir haben einen demografischen Wandel und die Ausgaben steigen weiterhin, die wir als Gemeinde nicht beeinflussen können. Da gibt es andere Ebenen, um sich damit auseinanderzusetzen, aber wir als Gemeinde haben hier eine verantwortungsvolle Lösung mit dem Budget.

Kevin Voegtli:
Also ich würde mich an dieser Stelle gerne bei allen entschuldigen, die sich von mir beleidigt gefühlt haben. Das war natürlich in keiner Art und Weise meine Intention und ich möchte einfach noch zu diesem Punkt sagen, ich habe es vorhin schon gesagt, Déjà-vu, wenn wir wieder an die Urne gehen. Ich bin so in meinem Kopf am Durchspielen, wohin es führt. Also sollte es jetzt noch einmal dazu kommen, dass es abgelehnt wird an der Urne, dann haben wir vorhin vom Regierungsrat und von diesen Gemeindeversammlungsprotokollen gesprochen. In diesen Gemeindeversammlungsprotokollen steht drin, dass drei Viertel von diesen Leuten, die sich vertiefter als die, die an die Urne gehen - ich will die, die an die Urne gehen, nicht auch beleidigen, einfach dass das schon klar ist –, dass die, die sich vertiefter mit dem auseinandergesetzt haben, denen sieben – wir haben es vorhin Verwaltungsrat genannt bekommen – denen gefolgt sind. Was hat jetzt mehr Wert, die, die da gewesen sind oder die, die es vielleicht wieder abgelehnt haben? Was schliesst ein Regierungsrat nachher daraus?

Ich würde dafür plädieren, dass wir uns die Zeit schenken, also dass wir nicht jetzt noch einmal zwei Monate warten, was dann dazu führen könnte, dass es abgelehnt wird und dann noch einmal Monate braucht, bis der Regierungsrat einen Entscheid fällt, der vielleicht dann genau das ist, was wir heute hier drin entschieden haben, dann haben wir nichts anderes gemacht, als auf die Zeit gespielt und wir treffen uns dann etwa zwei, drei Monate später wieder hier und vielleicht machen wir genau das gleiche noch einmal – ohne jemanden beleidigen zu wollen.

Thomas Gschwind:
Vieles ist jetzt gerade schon gesagt worden, Daniel Urech hat schon ganz viel gesagt, was das für die Verwaltung bedeuten wird. Trotzdem, ich meine, das kann man machen, man kann etwas an die Urne bringen und das macht auch Sinn bei den richtigen Geschäften. Wenn wir einen Schulhausbau haben, der 40 Millionen kostet, der Ihnen vorgestellt wird, dann wird er nachher an die Urne gehen und dann wird man entscheiden, jawohl, das nimmt man oder nicht. Man kann dort Ja oder Nein sagen an der Urne. Ein Budget ist genau nicht das, ein Budget ist ein Prozess, bei dem wir hier drin jede Kontonummer verändern können. Das kann die Urne nicht. Die Urne kann Ja oder Nein sagen, wenn es dann eine Abstimmung gibt. Hier drin können wir am Budget schrauben. Wenn die Gemeindeversammlungen ad absurdum geführt werden und nicht mehr hier entschieden wird, wer schraubt dann noch? Denn die Urne kann das nicht machen. Das müssen wir alle hier drin machen. Und da haben wir heute die Gelegenheit gehabt, die Schrauben haben wir gestellt, mehr oder weniger scharf, da kann man sich streiten, aber wir haben sie gestellt. Wir würden jetzt an der Urne über das stimmen, was wir heute hier drin rumgemacht haben an dem Vorschlag, der uns präsentiert worden ist. Wir haben, glaube ich, nicht sehr viel da rumgeschraubt, aber es war unsere Entscheidung. Und wir geben das Päckchen der Urne weiter, die kann es ablehnen. Vielleicht kann man eine gute Lobby machen und sagen, jawohl, schon wieder versteckte Steuererhöhung, wollen wir nicht. Vielleicht sagt die Urne sogar noch einmal nein. Aber wie Kevin vorhin gesagt hat, wenn das dann an den Regierungsrat geht, der sieht nur, die Schrauben sind gestellt worden, es ist abgelehnt worden, aber eigentlich wollte die Gemeindeversammlung das vorgelegte Budget so. Also ich kenne keinen Entscheid von einem Regierungsrat, der je eingegriffen hat in einer Gemeinde, der Positionen herausgestrichen hat. Er hat einfach das Budget ausgeglichen und hat dann den Steuersatz verändert, aber er hat nicht an den Ausgaben geschraubt. Also ich weiss nicht, was man für Erwartungen hat, dass der

Regierungsrat dann da sagen kann, die Glungge streichen wir heraus, obwohl das niemand hier drin wollte. Was soll denn der machen, der kann nur sagen, ausgeglichenes Budget, Steuern erhöhen, wunderbar, wir haben es ja, also das gilt jetzt. Aber ich kann Ihnen natürlich nicht wahrsagen, aber bitte, machen wir das Spiel nicht mehr und geben Sie das nicht an die Urne.

Michael Köhn:
Merci vielmals, ich will es nicht verlängern, aber drei Sachen möchte ich doch noch schnell sagen, geschätzter Herr Gemeindepräsident, geschätzte Damen und Herren.

Und zwar erstens wegen der Demokratie. Ich verstehe die Dame, wenn sie sich aufregt und sagt, wenn ein Viertel hier drin heute Abend das nicht will, dann gehen wir vor die Urne, aber es ist legitim, man darf das, es ist erlaubt, so geschrieben. Genauso legitim wäre es ja für mich, und jetzt oute ich mich komischerweise, würden Sie jetzt sagen, was, der hat nein gesagt, ich habe es abgelehnt. Ich bin einer von denen, der es abgelehnt hat am 18. Januar. Ich könnte mich jetzt auch nerven und sagen, dort hat das ganze Volk, der Souverän das abgenommen und gesagt, nein, wir wollen etwas anderes. Heute Abend kommt es mehr oder weniger wieder gleich. Muss ich auch akzeptieren. Akzeptiere ich auch, aber genauso muss man die anderen Spielregeln auch akzeptieren. Das ist Demokratie und da kann man sich aufregen oder lässt es lieber bleiben und sonst muss man es ändern oder dann muss man sagen, wir wollen das Viertel nicht mehr, aber solange das Viertel so ist, ist es so.

Das zweite einfach noch schnell etwas wegen dem Gemeindegesetz, man bezieht sich da auf Paragraph 206 bis 215, da gehe ich jetzt einmal davon aus, dass der Regierungsrat eben eingreifen kann. Dort drin steht nicht, dass er nach zwei Mal eingreift, ich habe es nicht gefunden. Es kann sein, dass er das macht, ganz sicher wird er sich melden, von dem gehe ich aus. Aber wie fest er dann tatsächlich eingreift, was das genau heisst, das ist wahrscheinlich noch offen, selbst wenn ein zuständiger Regierungsrat oder Regierungsrätin in unserem Fall vielleicht schon erste Zeichen gesetzt hat. Es braucht am Schluss den Regierungsratsbeschluss, sonst greift der Regierungsrat nicht ein. Aber wie fest er eingreift, das ist noch offen, das steht so nicht im Gesetz und sonst müsste man mir den Paragrafen und den Buchstaben jetzt nennen, wo das drinsteht, dass nach zweimal eingegriffen wird.

Und das Dritte ist noch schnell einfach wegen den gebundenen Ausgaben. Es tut mir leid, wenn man einen Weihnachtsbaum aufstellt, dann muss man ihn auch wieder abbauen. Das ist eine gebundene Ausgabe. Ich war lange genug Generalsekretär von einem Departement in der Region, also ich weiss, was gebundene Ausgaben sind. Und eine Glungge gehört zum Betrieb der Gemeinde und die aufmachen ist eine gebundene Ausgabe. Die auszustatten, länger aufmachen, beispielsweise auch noch irgendwie, ich sage jetzt vielleicht den Kiosk oder was auch immer. Das ist eine andere Geschichte, aber grundsätzlich aufzumachen und den Betrieb sicherzustellen, das gehört dazu. Und jetzt können wir da lange darüber streiten, das wäre dann wahrscheinlich am Schluss von Jurist zu Jurist, wie auch immer, aber einfach noch schnell drei Bemerkungen und noch einmal, das mit der Urnenabstimmung ist legitim und der Antrag steht im Raum.

Daniel Urech:
Also ich muss gerade schnell noch von Jurist zu Jurist offenbar etwas schnell sagen. Also zunächst einmal, man könnte jetzt die philosophische Frage stellen, ob alles, was erlaubt ist, auch legitim ist, aber ich glaube, das lassen wir. Was hingegen nicht so stehen gelassen werden kann, ist die Geschichte mit dem Weihnachtsbaum. Einverstanden, so ein Baum hat eine sehr hohe symbolische Bedeutung und eignet sich deshalb für solche Diskussionen. Wir haben tatsächlich zu dieser Frage das Amt für Gemeinden auch angefragt und die Einschätzung war klar, dass es nicht eine gebundene Ausgabe sei. Zu diesem Thema kann man aber – da sind wir Juristen uns sicher einig – auch zu zweit sogar drei Meinungen haben. Was ich hingegen ganz klar sagen muss, ist, dass die Sache mit dem aufsichtsrechtlichen Eingreifen vom Regierungsrat relativ klar ist. Ich habe das auch mit dem Vizedirektor, mit dem Chef Gemeindefinanzen, Vizedirektor vom Amt für Gemeinden besprochen, wie das dann ablaufen müsste in so einem Fall. Da müssten

wir einen Antrag stellen und der Regierungsrat würde dann entscheiden und das mit diesen zwei Mal, das ist eine Auslegung aus dem Gemeindegesetz, die festgeschrieben ist im für die Gemeinden verbindlichen Handbuch Rechnungslegung, das ist auf der Seite 10 von diesem Kapitel zum Budget, wo eben steht: "wird das Budget beziehungsweise eine notwendige Steuererhöhung zum zweiten Mal abgelehnt, so kann der Regierungsrat gestützt auf Artikel 206 und 212 Gemeindegesetz aufsichtsrechtliche Massnahmen anordnen und als Ersatzmassnahme das Budget und den Steuerfuss festlegen". Das ist das, was er auch machen würde, weil wo schlussendlich dann, glaube ich, die Geschichte ihr absurdes Ende gefunden hätte, wäre, wenn wir irgendwann im Sommer oder nach den Sommerferien wieder eine Gemeindeversammlung über das Budget 2026 durchführen würden. Ich glaube, und das vielleicht noch eine positive Note, auch wenn wir das Budget jetzt annehmen und heute fertig beschliessen, das nächste Budget kommt bestimmt und der Termin für die Gemeindeversammlung für das Budget 2027 ist bereits festgelegt.

Maria Montero Immeli:
Ich bin erstaunt, erstaunt, dass liberal denkende Kräfte damit liebäugeln, dass der Regierungsrat in die Gemeindeautonomie eingreift. Dass man nicht selber bestimmen möchte über die Zukunft unseres Dorfs, dass man nicht die Verantwortung übernimmt, für was man Geld ausgeben will und für was nicht. Wir haben alle die Möglichkeit heute gehabt. Seien wir doch verantwortungsvoll und nehmen doch die Zukunft in unsere Hände und bestimmen heute über das Budget.

Daniel Urech:
Ich glaube, jetzt sind die Meinungen gemacht und es steht niemand mehr an, darum würde ich vorschlagen, wir schreiten zu den Abstimmungen. Als erstes schreiten wir zur Abstimmung, ob man geheim Abstimmen soll über den Antrag, dass eine Urnenabstimmung durchzuführen ist. Es sind 426 Stimmberechtigte im Saal, das heisst, es braucht 86 Personen, die verlangen, dass man geheim abstimmt in Bezug auf die Frage, ob eine Urnenabstimmung stattfinden soll oder nicht. Das ist, wie gesagt, etwas, was unsere Gemeindeordnung und das Gemeindegesetz vorsieht und es würde in erster Linie dazu führen, dass sich das ganze Prozedere ein bisschen stärker noch in die Länge zieht und natürlich, dass niemand von hinten, vorne, rechts und links sehen würde, was er zu dieser wichtigen Frage sagt. Wer der Meinung ist, dass die Abstimmung geheim durchgeführt werden müsste, das heisst mit Zetteln, die wir verteilen, die die Stimmenzähler verteilen, der sollte das zeigen mit Erheben der Stimmkarte. Bitte zählen.

ANTRAG RUMPEL AUF GEHEIME ABSTIMMUNG
(57 Stimmen)
://: Das Fünftelsquorum, dass geheim abgestimmt werden muss, wird nicht erreicht.

Daniel Urech:
Damit würden wir mit offenem Mehr darüber entscheiden, ob eine Urnenabstimmung stattfinden soll. Dafür ist der Viertel von diesen 426 Anwesenden notwendig, das wären 107 Personen.

Wer den Antrag von Andreas Burckhardt unterstützen möchte, der soll das zeigen mit Erheben der Stimmkarte. Bitte zählen.

ANTRAG BURCKHARDT AUF URNENABSTIMMUNG
(109 Stimmen)
://: Mit einem Viertel der anwesenden Stimmberechtigten wird bestimmt, dass über das von der Gemeindeversammlung beratene Budget 2026 an der Urne abzustimmen ist.

Thomas Gschwind:
Also ich glaube, es hat vorhin Bewegung im Raum gehabt, ihr habt vorher gezählt, bevor die Voten gekommen sind. Ich will, dass noch einmal durchgezählt wird, es ist so knapp, und dass dann noch einmal abgestimmt wird, weil die Leute sind rein und raus, es muss noch einmal gezählt werden.

Daniel Urech:
Es ist nicht vorgesehen, dass man zweimal zählt. Was man machen kann, wäre der Antrag darauf, dass man die Zahl der Stimmberechtigten noch einmal feststellt. Ich verstehe das so, dass das noch einmal durchgezählt werden soll, dass man noch einmal weiss, wie viele Stimmberechtigte tatsächlich im Saal sind und es wäre aber gleichzeitig mit einem Rückkommensantrag verbunden, dass man noch einmal über diese Frage abstimmen würde.

René Umher:
Also es ist gerade eine Person reingelaufen mit einer Kappe, die zählt nicht.

Daniel Urech:
Das ist eine abenteuerliche Auslegung. Ist es denn eine nicht stimmberechtigte Person? Also es sind weiterhin alle Stimmberechtigten von Dornach stimmberechtigt in dieser Gemeindeversammlung. Es gibt keine Schliessung der Türen.

Wir stimmen über den Antrag ab, ob es ein Rückkommen geben soll auf die Abstimmung, dass man noch einmal darüber abstimmen würde. Wer der Meinung ist, dass man noch einmal darüber abstimmen sollte, der soll das zeigen mit Erheben seiner Stimmkarte.
Halleluja.
Wer ist dagegen?

RÜCKKOMMENSANTRAG GSCHWIND
(mit deutlichem Mehr)
://: Der Antrag, dass die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten nochmals festgestellt wird und danach nochmals über den Urnenantrag abgestimmt wird, wird angenommen.

Daniel Urech:
Ich möchte euch bitten, dass jetzt keine Stimmberechtigten den Saal verlassen, dass wir dann auch hier eine stabile Zahl haben. Es wird die Zahl der Stimmberechtigten festgestellt. Darf ich alle bitten, abzusitzen, die, die sich an dieser Abstimmung beteiligen möchten.

Dürfte ich bitten, dass ihr jetzt am Platz bleibt, damit die Stimmenzähler ihre Arbeit machen können.

Also gut, es sind 413 Stimmberechtigte anwesend. Das ist geteilt durch 4 121. Nein, nein, das stimmt nicht. Es sind 104 Stimmen, dankeschön für das Helfen beim Rechnen, 104 Stimmen, die es bräuchte, dass eine Urnenabstimmung stattfindet. Ich stelle in dem Fall die Frage noch einmal, wir haben ja den Rückkommensantrag angenommen. Wer der Meinung ist, dass es eine Urnenabstimmung über das Budget und keine Schlussabstimmung heute geben soll, der soll das zeigen mit Erheben der Stimmkarte. Bitte zählen.

ANTRAG BURCKHARDT AUF URNENABSTIMMUNG
(120 Stimmen)
://: Mit einem Viertel der anwesenden Stimmberechtigten wird bestimmt, dass über das von der Gemeindeversammlung beratene Budget 2026 an der Urne abzustimmen ist.

Daniel Urech:
Meine Herren, meine Damen, damit entfällt die Schlussabstimmung und wir hätten das Traktandum abgeschlossen.

Beilagen:
- Budget 2026_II
- Darstellung Pakete Leistungsabbau